

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1974

MONTAG, 8. JULI 1974

Nr. 27

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG. Werk Offenbach
Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille	Bekanntmachung über die siebente atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block A ..	1208
1193	1199	Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst — Werk Offenbach ..
Der Hessische Minister des Innern	Eichung und Beglaubigung von Wasserzählern für Kaltwasser	1208
Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG); hier: Änderung der Hinweise	1199	Vorhaben des Magistrats der Stadt Rüsselsheim
1194	Der Hessische Sozialminister	1208
Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Poppenhausen (Wasserkuppe) und Dipperz, Landkreis Fulda	Berufung von Organmitgliedern nach § 102 Abs. 2 und 3 KVLG	
1197	1199	Öffentlicher Anzeiger
Gemeindegebietsreform in Hessen; hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden	Verzinsung von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger	Verlust eines Dienstsiegels
1197	1201	1209
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hohenstein, Untertaunuskreis	Härteausgleich nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) an Stelle eines Zuschusses zur Unterstellmöglichkeit für ein Motorfahrzeug	Haushaltssatzung und öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Frankfurt/M. für das Rechnungsjahr 1974
1197	1202	1213
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Fuldata, Landkreis Kassel	Gewerbeaufsicht; hier: Übertragung von Zuständigkeiten	1214
1197	1202	Jahresbilanz 1973 der Nassauischen Sparkasse
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ehrenberg, Landkreis Fulda	Personalnachrichten	1214
1197	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	Jahresbilanz 1973 der Hessischen Landesbank Girozentrale — Frankfurt/M.
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Willingen (Upland), Landkreis Waldeck-Frankenberg	1202	1216
1198	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	Vorhaben der Firma Rhein-Mainische AG für Siedlungs- und Wohnungsbau, Frankfurt/Main
Genehmigung eines Wappens des Landkreises Waldeck-Frankenberg ..	1203	1221
1198	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	Vorhaben der Firma „Vita“ Lebensversicherungs-AG in Zürich
Gemeinnütziges Wohnungswesen; hier: Verwendung der vorgeschriebenen Vertragsmuster	1205	1221
1198	Im Bereich des Hessischen Sozialministers	Vorhaben der Firma Allibert GmbH, Frankfurt/Main
Der Hessische Minister der Finanzen	1206	1222
Berechnung des Heizkostenbeitrages für Dienst- und Mietwohnungen; hier: für die Heizperiode 1974/75 ..	1206	Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG. Ffm-Höchst
1199	Der Regierungspräsident Darmstadt	1222
Der Hessische Kultusminister	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, vom 24. 6. 1974	Genehmigungen zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Hünfeld nach Rasdorf, Ortsteil Setzelbach
Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels	1206	1222

Seite 1193

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

841

Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille

Wegen hervorragender Verdienste um die demokratische Gesellschaft und ihre Einrichtungen habe ich die von mir mit Erlass vom 29. September 1964 (GVBl. I 1965 S. 336) gestiftete Wilhelm-Leuschner-Medaille

Frau Betty A r n d t, Frankfurt am Main,
Herrn Walter B r a n d, Wiesbaden, und
Herrn Karl S c h ö p p l e r, Wiesbaden,

verliehen.

Wiesbaden, 6. 6. 1974

Der Hessische Ministerpräsident

I A 1 — 14 d 06

StAnz. 27/1974 S. 1193

845

Der Hessische Minister des Innern

Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG);
hier: Änderung der Hinweise

Der Bundesminister der Verteidigung hat die Durchführungshinweise zum Unterhaltssicherungsgesetz geändert. Der Wortlaut der Änderung gebe ich nachstehend bekannt (Anlage). Sie treten am 1. Juli 1974 in Kraft. Diese Änderungen werden nicht im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Der Bundesminister der Verteidigung wird die Hinweise in Kürze neu fassen. Die Neufassung werde ich bekanntgeben.

Wiesbaden, 20. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern
I B 62 — 95 b — 02-01 — 2/74
StAnz. 27/1974 S. 1194

*

Anlage

Bundesministerium der Verteidigung
S II 5 — Az. 23-10-03

Änderung der Durchführungshinweise zum Unterhaltssicherungsgesetz

1. Hinweis 10a wird Nr. 10 A.
2. In Nr. 13c werden die DM-Beträge wie folgt geändert:
An Stelle von „326“ wird „372“ und an Stelle von „546“ wird „624“ gesetzt.
3. Hinweis 25 erhält folgende Fassung:
„25 a) In den Fällen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 genügt für die Bemessung der Einzelleistungen nach § 6 Abs. 2 die Feststellung, daß der Wehrpflichtige den zuletzt gezahlten Unterhalt in dem dem Wehrdienst vorangegangenen drei Monaten regelmäßig erbracht hat. Hat der Wehrpflichtige in dieser Zeit jedoch erst begonnen, Unterhalt zu gewähren oder seine Unterhaltsleistungen erhöht, können die zuletzt gezahlten Unterhaltsbeträge nur anerkannt werden, wenn zwischen Zahlungsaufnahme bzw. Leistungserhöhung und der Einberufung kein Zusammenhang besteht. Dies ist anzunehmen, wenn in dem Dreimonatszeitraum die Leistungsfähigkeit des Wehrpflichtigen eingetreten ist oder sich erhöht hat; oder wenn der Familienangehörige in dieser Zeit bedürftig geworden ist.
Bei der Ermittlung der tatsächlichen Unterhaltsleistungen des Wehrpflichtigen ist Hinweis 27 zu beachten.
- b) Hat der Wehrpflichtige vor der Einberufung, obwohl er zu Unterhaltsleistungen verpflichtet war, keinen oder zu wenig Unterhalt geleistet, bemessen sich die Einzelleistungen nach der bürgerlich-rechtlichen Unterhaltsverpflichtung (vgl. Hinweis 26). Dies gilt auch, wenn er weniger als drei Monate vor dem Wehrdienst Unterhalt geleistet hat, obwohl er bereits längere Zeit dem bedürftigen Familienangehörigen Unterhalt hätte leisten müssen.
- c) Ist der Unterhalt der Familienangehörigen (z. B. eines nichtehelichen Kindes) durch Urteil oder vollstreckbare Urkunde festgesetzt worden, so ist dieser Betrag zugrunde zu legen. Die Leistungen sind vorbehaltlich einer nachgewiesenen höheren Unterhaltsleistung des Wehrpflichtigen (vgl. oben Buchstabe a) in Höhe des vollstreckbaren Unterhaltstitels festzusetzen. Solange ein solcher Titel nicht vorliegt, ist für unterhaltsberechtigende Kinder des Wehrpflichtigen der Regelunterhalt nach der Regelunterhaltsverordnung zugrunde zu legen. § 6 Abs. 3 ist immer zu beachten.“
4. In Hinweis 26 werden in dem Beispiel die DM-Beträge wie folgt geändert:
An Stelle von „170“ wird jeweils „216“ und an Stelle von „326“ wird „327“ gesetzt.
5. Hinweis 32 erhält folgende Fassung:
„Hinweis 95 Buchstaben a und b finden bei der Feststellung der Hälfte des Tabellensatzes I nach § 6 Abs. 3 Anwendung.“

6. Hinweis 35 a Abs. 2 wird wie folgt geändert:

6.1:

Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten gelten als Sachleistungen“.

6.2:

Das Wort „Sie“ des nachfolgenden Satzes wird durch die Worte „Die Hilfe“ ersetzt.

7. In Hinweis 36d Abs. 1 wird der Klammersatz am Ende von Satz 3 ersatzlos gestrichen.

8. Hinweis 37 wird wie folgt geändert:

8.1:

Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b freiwillig weiterversichert ist, wer zur freiwilligen Weiterversicherung berechtigt ist und mindestens einen Beitrag rechtswirksam entrichtet hat.“

8.2:

In Buchstabe d wird die Zahl „1970“ durch die Zahl „1973“, die Worte „17 v. H.“ durch die Worte „18 v. H.“ und das Wort „Gruppen“ durch das Wort „Versicherungszweige“ ersetzt.

9. Hinweise 51 und 52 erhalten folgende Fassung:

„51. Für die Ermittlung des Zwölfmonatszeitraums ist folgendes maßgebend:

Eine Verpflichtung im Sinne von § 7 Abs. 2 Nr. 6d beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem die Verpflichtung eingegangen worden ist (Vertragsabschluß bzw. bindendes Vertragsangebot i. S. von § 130 BGB). Auf den Zeitpunkt, an dem nach dem Vertrag mit den Zahlungen zu beginnen ist, kommt es nicht an.

Wegen des Beginns der Verpflichtungen aus dem Bau von Eigenheimen wird auf die beiden letzten Absätze des Hinweises 57 verwiesen.

Als Zeitpunkt der Einberufung gilt der im Einberufungsbescheid angegebene Tag des Diensteintritts.

Beispiel 1:

Vertragsabschluß	2. 4. 1972
vereinbarter Zahlungsbeginn	31. 12. 1972
Einberufung zum	2. 4. 1973
Zwölfmonatszeitraum vom 2. 4. 1972 bis	1. 4. 1973
Sonderleistungen ab	2. 4. 1973

Beispiel 2:

Vertragsabschluß	2. 4. 1972
vereinbarter Zahlungsbeginn	1. 5. 1973
Einberufung zum	2. 4. 1973
Zwölfmonatszeitraum vom 2. 4. 1972 bis	1. 4. 1973
Sonderleistungen ab	1. 5. 1973

Beispiel 3:

Vertragsabschluß	30. 12. 1972
vereinbarter Zahlungsbeginn	1. 1. 1972
Einberufung zum	2. 4. 1973
Zwölfmonatszeitraum vom 2. 4. 1972 bis	1. 4. 1973
Sonderleistungen entfallen	

52. Erhöhung der Beträge während des Zwölfmonatszeitraums oder während des Wehrdienstes sind nicht zu berücksichtigen. Das gilt nicht für Erhöhungen

a) auf Grund einer allgemeinen Anhebung der Tarife,

b) auf Grund einer Erhebung von Risikozuschlägen bei Unfallversicherungen aus Anlaß des Wehrdienstes; bei Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr ist nur der bis zur Einberufung entrichtete Betrag zuzüglich dem Erhöhungsbetrag zu erstatten, wie er für eine entsprechende Versicherung ohne Prämienrückgewähr zu zahlen wäre.

Endet eine zwölf Monate vor dem Wehrdienst eingegangene Verpflichtung während des Zwölfmonatszeitraums oder während des Wehrdienstes und geht der Wehrpflichtige spätestens innerhalb eines Monats danach eine neue nach § 7 Abs. 2 Nr. 6 d begünstigte Verpflichtung ein (Anschlußvertrag), so sind die Aufwendungen für die Verpflichtung aus

diesem neuen Vertrag bis zur Höhe der Aufwendungen zu erstatten, die nach dem bisherigen Vertrag vereinbart waren.

Zuschläge, die von den Versicherungsgesellschaften usw. dafür erhoben werden, daß anstatt der ursprünglich vereinbarten Zahlungsweise die Beiträge nunmehr monatlich abgeführt werden (§ 18 Abs. 2 Satz 1), sind zu erstatten.“

10. Hinweis 57 wird wie folgt geändert:

10.1:

Es wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Als Bau eines Eigenheimes im Sinne von Absatz 1 gilt auch der Kauf eines Eigenheimes oder einer eigengenutzten Eigentumswohnung.“

10.2:

Der bisherige Absatz 3 wird gestrichen.

10.3:

Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„Ein Lastenzuschuß nach dem Wohngeldgesetz ist von den Zins- und Tilgungsleistungen nicht abzusetzen.“

10.4:

In Absatz 7 wird folgender Satz angefügt:

„Beim Kauf ist der Zeitpunkt des Abschlusses des notariellen Kaufvertrages maßgebend.“

11. Hinweis 58 A wird um folgenden Satz ergänzt:

„Im Falle des Hinweises 96a ist von der ersten Einkommenstufe der Tabelle zu § 5 (500 DM) auszugehen.“

12. Hinweis 65 wird wie folgt geändert:

12.1:

In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „die Kirchensteuer und der Konjunkturzuschlag sind nicht abzusetzen“ gestrichen.

12.2:

Nach Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt:

„Steuern vom Einkommen im Sinne von § 10 sind auch die Ergänzungsabgabe und der Stabilitätszuschlag, nicht aber die Kirchensteuer.“

13. In Hinweis 65 A wird folgender Absatz 3 angefügt:

„Eine Veranlagung nach § 46 EStG liegt demnach stets vor, wenn im Steuerbescheid Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ausgewiesen sind.“

14. In Hinweis Nr. 66 a wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

„Bringt der Wehrpflichtige den für ihn günstigeren neueren Einkommensteuerbescheid für ein dem Einberufungsjahr vorausgehendes Kalenderjahr bei, so ist dieser nachträglich zugrunde zu legen; für einen erst nach Ablauf der Antragsfrist (§ 8 Abs. 4) zugestellten Einkommensteuerbescheid gilt dies nur, wenn dieser innerhalb von drei Monaten nach Zustellung vorgelegt wird.“

15. Hinweis 67 wird wie folgt geändert:

15.1:

Buchstabe a wird wie folgt geändert:

15.11:

In Absatz 3 Satz 1 wird hinter dem Wort „Bruttoeinkommen“ das Wort „nicht“ gestrichen.

15.12:

Nach Absatz 3 wird folgender Absatz eingefügt:

„Der Zuschuß des Arbeitgebers zum Krankenkassenbeitrag des versicherungsfreien Angestellten ist kein Einkommen im Sinne von § 10 Abs. 2 Nr. 2.“

15.2:

Buchstabe b wird wie folgt geändert:

15.21:

In Absatz 1 Satz 2 wird an Stelle des Wortes „sowie“ ein Komma gesetzt; nach dem Wort „Urlaubs“ werden die Worte „sowie Trinkgeld (bis zu 600 DM im Jahr genügt die Glaubhaftmachung)“ eingefügt.

15.22:

Im Absatz 4 wird nach dem Wort „Soldatenversorgungsgesetz“ an Stelle des Wortes „sowie“ ein Komma gesetzt und nach dem Wort „3. VermBG“ eingefügt: „sowie das an Arbeitnehmer im Baugewerbe gezahlte Wintergeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz.“

15.3:

Buchstabe c wird wie folgt geändert:

15.31:

Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Der Wehrpflichtige hat die anderen — neben dem Arbeitslohn erzielten — Einkünfte grundsätzlich zu belegen. Ist dies mit angemessenem Aufwand nicht möglich, genügt es zunächst, daß der Wehrpflichtige seine Angaben glaubhaft macht. In diesem Falle sind die Unterhaltssicherungsleistungen bis zur Vorlage des für das Jahr der Einberufung maßgeblichen Einkommensteuerbescheides vorläufig festzusetzen. Bei der endgültigen Festsetzung ist der auf den Bemessungszeitraum entfallende Anteil der anderen Einkünfte aus den Einkommensteuerbescheiden zu ermitteln.

Beispiel: Wehrdienst ab 1. 10. 1973. Der Wehrpflichtige war in den Jahren 1972 und 1973 sowohl Arbeitnehmer als auch Handelsvertreter.

Bemessungszeitraum 1. 9. 1972 — 31. 8. 1973.

Bei Antragstellung wird Arbeitsverdienst-Bescheinigung und Einkommensteuerbescheid 1972 vorgelegt; der Gewinn 1973 soll wesentlich höher als 1972 sein.

Bemessungsgrundlage:

Arbeitsentgelt netto laut Arbeitgeber-Bescheinigung		13 200 DM
Einkünfte aus Gewerbebetrieb		
Einkommensteuerbescheid 1972	12 000	
$\frac{12\ 000 \times 4}{12}$ (Sept.—Dez.)		4 000 DM
Einkommensteuerbescheid 1973	14 400	
(später nachgereicht)		
$\frac{14\ 400 \times 8}{12}$ (Jan.—Aug.)		<u>9 600 DM</u>
		26 800 DM
		<u>2 400 DM</u>

monatlich (26 800 : 12)

15.32:

Absatz 4 wird gestrichen.

15.4:

Absatz 2 und 3 des Buchstaben b wird neuer Buchstabe d und um folgenden Absatz ergänzt:

„Bei Lohnsteuerjahresausgleichen über private Lohnsteuerberatungsstellen kann nur der durch das Finanzamt festgesetzte und zurückgezahlte Betrag als Erstattungsbetrag anerkannt werden; es gilt Absatz 1.“

16. Hinweis 68 wird wie folgt geändert:

14.1:

In Hinweis 68 Satz 2 und 3 werden die Worte „während des Wehrdienstes“ gestrichen.

14.2:

In Satz 3 werden die Worte „vor der Einberufung“ durch die Worte „im Bemessungszeitraum“ ersetzt.

17. Hinweis 71 wird wie folgt neugefaßt:

„71. a) Verdienstausschlagzeiten infolge Arbeitslosigkeit sind nach § 10 Abs. 3 nur dann anzuerkennen, wenn der Wehrpflichtige in dieser Zeit zur Aufnahme einer zumutbaren Beschäftigung bereit war. Unerheblich ist es, ob der Wehrpflichtige vorher selbständig war oder nicht und welche Gründe zur Arbeitslosigkeit geführt haben.

Die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme im Sinne von Absatz 1 ist immer dann anzunehmen, wenn der Wehrpflichtige während der Zeit seiner Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen hat. In anderen Fällen bedarf es entweder einer Bescheinigung des Arbeitsamtes, daß der Wehrpflichtige der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stand oder sonstiger Belege, aus denen sich die Bereitschaft zur Aufnahme einer zumutbaren Beschäftigung ergibt (z. B. Vorlage von Bewerbungsunterlagen, Zeitungsanzeigen).

Verdienstausschlagzeiten infolge Kurzarbeit sind stets anzuerkennen, wenn der Arbeitnehmer in dieser Zeit Kurzarbeitergeld bezogen hat. In anderen Fällen ist eine Bestätigung des Arbeitgebers vorzulegen.

b) Verdienstausschlagzeiten infolge Krankheit liegen auch dann vor, wenn an Stelle des ausgefallenen Arbeits-

einkommens andere Einnahmen (z. B. Krankengeld, Sozialleistungen usw.) getreten sind. Zeiten einer Erkrankung, in denen der Wehrpflichtige auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Regelungen Arbeitsentgelt erhält, sind jedoch keine Zeiten im Sinne des § 10 Abs. 3. Krankheitszeiten, die in Verdienstbescheinigungen eingetragen sind, bedürfen der Bestätigung durch die Krankenkasse nur dann, wenn Anlaß gegeben ist, die Richtigkeit dieser Angaben zu bezweifeln.

Die von Selbständigen nachgewiesenen Krankheitszeiten stellen für sich allein noch keine Verdienstausschlusszeiten nach § 10 Abs. 3 dar. Für einen Verdienstausschluss infolge Krankheit ist der Selbständige beweispflichtig.

c) Sonstige Verdienstausschlusszeiten im Sinne von § 10 Abs. 3 sind z. B.:

- Zeiten, in denen Arbeiter in Betrieben des Baugewerbes Schlechtwettergeld bezogen haben (Bescheinigung des Arbeitgebers genügt); zu diesen Zeiten rechnen auch die Tage, in denen sowohl Schlechtwettergeld als auch Arbeitslohn gezahlt worden ist; die Zeit vom 25. Dezember bis 1. Januar, in der der Wehrpflichtige Anspruch auf den Pauschalbetrag nach dem „Tarifvertrag zur Förderung der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse im Baugewerbe während der Winterperiode“ hat, gilt nicht als Verdienstausschlusszeit, auch dann nicht, wenn sie mit einer Schlechtwetterzeit zusammenfällt;

- Zeiten gewerkschaftlich gelenkter Streiks;
- Zeiten der Untersuchungshaft, nicht aber Zeiten der Strafhaft;
- Zeiten des Grundwehrdienstes oder einer Wehrübung auch dann, wenn der Wehrpflichtige den Wehrdienst freiwillig geleistet hat.

d) Allgemein arbeitsfreie Tage (Sonnabende, Sonn- und Feiertage), die zwischen dem Ende des Zeitraums, für den die Anwendung des § 10 Abs. 3 in Betracht kommt (siehe oben Buchstaben a—c), und der Wiederaufnahme einer vollen Berufstätigkeit liegen, gelten als Zeiten des Verdienstausschlusses.“

18. Hinweis 73 wird wie folgt geändert:

18.1:

Vor Satz 1 wird der Buchstabe „a“ eingefügt.

18.2:

Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Anzurechnen sind nur solche Einkünfte, die dem Wehrpflichtigen während des Wehrdienstes tatsächlich zufließen; dabei ist Hinweis 89 anzuwenden.“

18.3:

Nach Satz 3 wird folgender Buchstabe b eingefügt:

„b) Nicht anzurechnen sind:

- Vermögenswirksame Leistungen, die der Arbeitgeber einem Wehrpflichtigen während des Wehrdienstes weitergewährt;
- laufende oder einmalige Leistungen des Arbeitgebers während des Wehrdienstes bis zur Höhe von monatlich 75 DM, für den 15-monatigen Grundwehrdienst 1 125 DM.“

19. In Hinweis 74 b erhält Absatz 3 folgende Fassung:

„Die Höchstgrenze nach § 12 a Abs. 2 Satz 3 beträgt monatlich im Jahr 1973 414 DM, im Jahr 1974 450 DM.“

20. Nach Hinweis 76 Abs. 1 wird folgender Absatz eingefügt:

„Leistungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für die Dauer einer Wehrübung gewährt, um wehrdienstbedingte Einkommenseinbußen auszugleichen, führen nicht zu einer Kürzung der Verdienstausschlussentschädigung.“

Beispiel:

Wehrübung im August 1974: Arbeitsentgelt für August: netto 2000 DM.

Bemessungsgrundlage: 1900; Verdienstausschlussentschädigung (90 v. H.) 1710 DM.

Der Arbeitgeber zahlt die Differenz zwischen 2000 und 1710 = 290 DM.“

21. Hinweis 79b wird um folgenden Absatz ergänzt:

„Gesellschafter von Personengesellschaften (BGB-Gesell-

schaften, OHG, KG), deren Gewerbebetrieb während der Wehrübung fortgeführt wird, erhalten auch dann keine Verdienstausschlussentschädigung nach § 13 Abs. 1, wenn ihnen für ihre persönliche Mitarbeit in dem Gewerbebetrieb nach dem Gesellschaftsvertrag besondere Vergütung gezahlt werden. In diesen Fällen ist § 13 Abs. 4 anzuwenden.“

22. Hinweis 81 wird wie folgt geändert:

22.1:

In Buchstabe a wird das Wort „Nebentätigkeiten“ durch das Wort „Nebenbeschäftigung“ ersetzt.

22.2:

Absatz 1 des Buchstaben a wird um folgenden Satz ergänzt:

„Als weitergewährte Bezüge nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz gelten nicht einmalige Zahlungen des Arbeitgebers (z. B. jährliche Sonderzuwendung).“

23. Hinweis 84 wird um folgenden Absatz ergänzt:

„Verzugs- und Stundungszinsen sind bei Rückforderung überzahlter Unterhaltssicherungsleistungen nicht zu erheben.“

24. In Hinweis 88 Abs. 2 werden die Worte „dessen Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen wird“ durch die Worte „der eine Monatsvergütung erhält“ ersetzt.

25. In dem Beispiel zu Hinweis 94 a wird die Zahl „330“ durch die Zahl „380“, die Zahl „250“ durch die Zahl „280“ und die Zahl „60“ durch die Zahl „66“ ersetzt.

26. Hinweis 94 f wird wie folgt geändert:

26.1:

Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Bankübliche Kreditkosten sind Zinsen und Gebühren, die zugelassene Banken und Sparkassen verlangen. Bei anderen Kreditgebern sind die Bedingungen der öffentlichen Sparkassen maßgebend.“

26.2:

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Dies gilt auch hinsichtlich der Erstattung von Aufwendungen aus dem Bau oder Kauf von Eigenheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 6 d i. V. m. Hinweis 57).“

27. Hinweis 94 n wird wie folgt neu gefaßt:

„Für sozialversicherungspflichtige Wehrpflichtige sowie für ihre Familienangehörigen im engeren Sinne, die kein eigenes Einkommen haben, können die Beiträge für eine zusätzliche Krankenversicherung als Härtausgleich gewährt werden. Die 12-Monats- und 15-v.-H.-Klausel des § 7 Abs. 2 Nr. 6 d sind dabei anzuwenden.“

28. Hinweis 95 wird wie folgt geändert:

28.1:

In Hinweis 95 Satz 1 wird nach den Worten „allgemeinen Leistungen“ ein Komma gesetzt und danach eingefügt: „Einzelleistungen“.

28.2:

Hinweis 95 c Abs. 1 wird um folgenden Satz ergänzt:

„Hatte der Wehrpflichtige zwischen dem Abschluß einer Berufsausbildung und dem Beginn seiner Weiterbildung keine berufliche Tätigkeit mehr ausgeübt, so ist als Bemessungsgrundlage das Nettoeinkommen zugrunde zu legen, daß dieser Wehrpflichtige in dem vor dem Weiterbildung erlernten Beruf nach dem für seinen Wohnsitz maßgebenden Tarifvertrag im letzten Monat des Bemessungszeitraums (§ 10 Abs. 2 Nr. 2) als Berufsanfänger erzielt hätte.“

28.3:

Folgender Buchstabe d wird eingefügt:

„Liegen in den Fällen des Hinweises 95 a und b zwischen der Beendigung des Lehrverhältnisses oder einer länger dauernden schulischen Berufsausbildung bzw. Weiterbildung und dem Beginn des Arbeitsverhältnisses in diesem Beruf oder dem Beginn des Wehrdienstes Zeiten des Urlaubs oder der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz, sind diese Zeiten unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalles als Zeiten des Verdienstausschlusses nach § 10 Abs. 3 in angemessenem Umfang unberücksichtigt zu lassen.“

816**Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Poppenhausen (Wasserkuppe) und Dipperz, Landkreis Fulda**

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 27. 5. 1974 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1974 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

Aus dem Gebiet der Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) wird ausgegliedert und in das Gebiet der Gemeinde Dipperz eingegliedert das Flurstück:

Gemarkung Steinwand
Flur 1 Nr. 7/2.“

Wiesbaden, 20. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 k 08 4/74

StAnz. 27/1974 S. 1197

817**Gemeindegebietsreform in Hessen;**

hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 19. Juni 1974 beschlossen:

1. „Auf Grund der §§ 2, 3 und 34 des Gesetzes zur Neugliederung des Dillkreises, der Landkreise Gießen und Wetzlar und der Stadt Gießen vom 13. Mai 1974 (GVBl. I S. 237) und des § 17 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. Juli 1974

1. die Stadt **Staufenberg** — mit Ausnahme der in Nr. 2 Buchst. a) genannten Flurstücke — und die Gemeinden **Daubringen** — mit Ausnahme der in Nr. 2 Buchst. b) genannten Flurstücke —, **Mainzlar** und **Treis a. d. Lumda** zu einer Stadt mit dem Namen „Staufenberg“ zusammengeschlossen;

2. in die Gemeinde **Lollar** eingegliedert:

a) aus der Stadt **Staufenberg** die Flurstücke:

Gemarkung Friedelhausen

Gemarkung Staufenberg

Flur 1 Nr. 397/1, 397/2, 398 bis 403, 404/1, 402/2, 404/3, 452 und 463

Flur 2 mit Ausnahme der Flurstücke

Nr. 1 bis 5, 6/1, 6/2, 7 bis 18, 19/1, 19/2, 20 bis 29, 30/1, 30/2, 31, 32, 33/1, 33/2, 34 bis 38, 39/1, 39/2, 40 bis 47, 48/1, 48/2, 49 bis 71, 85 bis 89, 90/1, 90/2, 91/1, 92/1, 93, 94, 95/1, 95/2, 95/3, 96, 97/1, 97/2, 98/1, 98/2, 99 bis 112, 181 bis 187, 188/1, 188/2, 189 bis 196, 197/1, 197/2, 198, 199, 213 bis 224, 241 und 242/2

Flur 3 bis 6

Flur 7 Nr. 55 bis 58, 59/1, 59/2, 60 bis 63, 64/1, 64/2, 65, 66, 91 bis 99, 100/1, 100/2, 101, 102, 103/1, 103/2, 104 bis 114, 115/1, 116, 117/1, 117/2, 118 bis 122, 268/1, 283/1, 288 bis 293, 294/3, 310 bis 313

Flur 8 mit Ausnahme der Flurstücke

Nr. 141 bis 146, 147/1, 147/2, 148 bis 150, 151/1, 151/2, 152 bis 154, 155/1, 155/2, 156 bis 174, 175/1, 175/2, 176 bis 180, 198 bis 206;

b) aus der Gemeinde **Daubringen** die Flurstücke:

Gemarkung Daubringen

Flur 3 Nr. 23 bis 29, 30/1, 30/2, 31 bis 33, 34/1, 34/2, 35 bis 37, 98 bis 112, 148, 149, 150/1, 156/1 und 159/1

Gemarkung **Heibertshausen**

Flur 1 Nr. 7 bis 10, 14/1, 15, 18 bis 23

Flur 2 mit Ausnahme der Flurstücke

Nr. 1, 9, 10, 16, 17, 19, 20, 22 und 23.“

2. „Auf Grund der §§ 27 und 34 des Gesetzes zur Neugliederung des Dillkreises, der Landkreise Gießen und Wetzlar und der Stadt Gießen vom 13. Mai 1974 (GVBl. I S. 237) und des § 17 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wer-

den mit Wirkung vom 1. Juli 1974 die Gemeinden **Eschenburg**, **Hirzenhain**, **Roth** und **Simmersbach** zu einer Gemeinde mit dem Namen ‚**Eschenburg**‘ zusammengeschlossen.“

Wiesbaden, 24. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern

IV A 11 — 3 k 08/05

StAnz. 27/1974 S. 1197

818**Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hohenstein, Untertaunuskreis**

Der Gemeinde **Hohenstein** im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk **Darmstadt**, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Zwischen schmalen blauen Seitenbahnen eine breite gelbe Mittelbahn, im oberen Drittel belegt mit dem Gemeindewappen.“

Wiesbaden, 12. 6. 1974

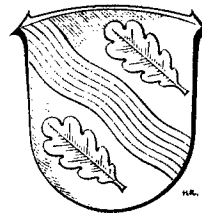
Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 38/74

StAnz. 27/1974 S. 1197

819**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Fuldata, Landkreis Kassel**

Der Gemeinde **Fuldata** im Landkreis **Kassel**, Regierungsbezirk **Kassel**, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



Fuldata

„In Rot ein silberner, fünffach unterteilter schräger Wellenbalken, begleitet von zwei goldenen Eichenblättern.“

Wiesbaden, 20. 6. 1974

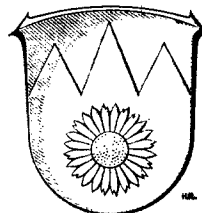
Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 38/74

StAnz. 27/1974 S. 1197

850**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ehrenberg, Landkreis Fulda**

Der Gemeinde **Ehrenberg** im Landkreis **Fulda**, Regierungsbezirk **Kassel**, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



„Im von Silber und Rot durch drei aufsteigende Spitzen geteilten Schild unten eine Silberdistel mit goldenem Butzen. Die mittlere der drei Spitzen ist erhöht.“

Wiesbaden, 12. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 38/74

StAnz. 27/1974 S. 1197

851

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Willingen (Upland), Landkreis Waldeck-Frankenberg

Der Gemeinde Willingen (Upland) im Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden, das bis zum Zusammenschluß der Gemeinden Rattlar, Schwalefeld und Willingen am 1. April 1972 von der früheren Gemeinde Willingen geführt wurde:



Willingen

„In Gold über einem siebenzackigen, grünen Tannenschnittfuß ein achtstrahliger schwarzer Stern, belegt mit einem sechsstrahligen weißen Schneekristall.“

Wiesbaden, 12. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 38/74
StAnz. 27/1974 S. 1198

852

Genehmigung eines Wappens des Landkreises Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel

Dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 12 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:

Landkreis
Waldeck-Frankenberg

„Der von Blau und Gold schräg links geteilte Schild zeigt oben den wachsenden von Silber und Rot gestreiften Hessischen Löwen und unten den schwarzen achtstrahligen Waldecker Stern.“

Wiesbaden, 21. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 38/74
StAnz. 27/1974 S. 1198

853

Gemeinnütziges Wohnungswesen;

hier: Verwendung der vorgeschriebenen Vertragsmuster
Bezug: Mein Erlaß vom 10. August 1967 (StAnz. S. 1060)

1. Die Wohnungsunternehmen dürfen Miet- und Nutzungsverträge, Betreuungsverträge und Verträge über die Veräußerung von Wohnungsbauten nur nach folgenden Mustern abschließen, die vom Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen aufgestellt und von mir genehmigt worden sind:

- 1.1.1 Dauermietvertrag — Ausgabe Oktober 1963 —
- 1.1.2 Mietvertrag — Ausgabe Oktober 1963 —
- 1.1.3 Dauernutzungsvertrag — Ausgabe Oktober 1963 —
- 1.1.4 Nutzungsvertrag — Ausgabe Oktober 1963 —
- 1.2.1 Kaufanwärttervertrag mit Angabe eines vorläufigen Kaufpreises — Ausgabe März 1974 —

- 1.2.2 Kaufanwärttervertrag mit Vereinbarung eines Festpreises oder Teilfestpreises — Ausgabe März 1974 —
- 1.2.3 Bewerbervertrag — Ausgabe März 1974 —
- 1.2.4 Kaufvertrag zur Übertragung eines Kaufeigenheims — Ausgabe März 1974
- 1.3.1 Betreuungsvorvertrag — Ausgabe März 1959 —
- 1.3.2 Betreuungsvertrag — Ausgabe Dezember 1960 —
- 2.1 Die Muster eines Kaufanwärttervertrages (Nr. 1.2.1 und 1.2.2) eines Bewerbervertrages (Nr. 1.2.3) und eines Kaufvertrages (Nr. 1.2.4) gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1974 und dürfen zunächst nur bis zum 31. Dezember 1977 verwendet werden.
- 2.2 Verträge nach den früher genehmigten Mustern eines Bewerber- oder eines Kaufanwärttervertrages dürfen nicht mehr abgeschlossen werden. Das Muster eines Kaufvertrages (Ausgabe Januar 1959) darf nur noch dann verwendet werden, wenn in einem rechtswirksam abgeschlossenen Vorvertrag der Abschluß eines Kaufvertrages nach diesem Muster vereinbart und das Einverständnis des Bewerbers/Kaufanwärtters für die Verwendung des neuen Kaufvertragsmusters nicht zu erreichen ist.
- 2.3 Das Muster eines Kaufvertrages darf nur in den Fällen verwendet werden, in denen vor Abschluß des Kaufvertrages ein rechtswirksamer Bewerbervertrag oder Kaufanwärttervertrag (Ausgaben März 1974) abgeschlossen worden ist.
- 2.4 Soweit ich im Einzelfall Abweichungen von dem Muster eines Kaufanwärttervertrages, eines Bewerbervertrages oder eines Kaufvertrages gem. § 12 Abs. 2 Satz 2 WGGDV zugelassen habe, ist die Genehmigung mit Wirkung vom 1. Juli 1974 gegenstandslos. Es dürfen nur Verträge nach den neuen Mustern abgeschlossen werden.
- 3 Miet- oder Nutzungsverträge sind grundsätzlich nach dem Muster eines Dauermiet- oder Dauernutzungsvertrages abzuschließen. Das Muster eines Miet- oder Nutzungsvertrages darf nur in folgenden Fällen verwendet werden:
 - 3.1 bei werksgeförderten Wohnungen, soweit ein angemessener Finanzierungsbeitrag geleistet wurde und das Werk sich das Recht, eine Kündigung zu verlangen, wenn das Arbeitsverhältnis mit dem Mieter aufgelöst wird, ausdrücklich vorbehalten hat.
 - 3.2 bei Wohnungen, die mit Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes, der Länder und Gemeinden gefördert worden und zur Unterbringung von öffentlichen Bediensteten bestimmt sind.
 - 3.3 bei Wohnungen, die mit Darlehen der Gemeinden (Gemeindeverbände) für bestimmte Personenkreise gefördert worden sind und bei denen sich die Gemeinde ein Belegungsrecht vertraglich vorbehalten hat.
 - 3.4 bei Wohnungen, die mit Rücksicht auf ein Arbeitsverhältnis des Wohnungsinhabers mit dem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen dem Mieter überlassen worden sind.
 - 3.5 bei der Überlassung von Wohnungen an Personen, die sich voraussichtlich nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten,
 - 3.6 bei Wohnungen, in denen in absehbarer Zeit umfangreiche Modernisierungsarbeiten zu erwarten sind, oder die in Sanierungsgebieten liegen,
 - 3.7 bei der Überlassung von Wohnungen zur Unterbringung unzumutbarer Mieter,
 - 3.8 bei Wohnungen im räumlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit Geschäftsräumen,
 - 3.9 bei Wohnungen in Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen oder Eigentumswohnungen, bevor die Übertragung des Eigentums an den zukünftigen Erwerber durchgeführt werden kann.
 - 3.10 bei der Überlassung von Wohnungen, wenn nach Entscheidung des Wohnungsunternehmens andere wichtige Gründe vorliegen, die die Verwendung eines Vertrages mit Dauerklausel nicht geboten erscheinen lassen.
- 4 Der Abschluß von Generalmietverträgen ist nur mit meiner Zustimmung zulässig.

5 Anträge auf Zulassung von Abweichungen von den Mustern sind mir über den Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen vorzulegen. Die Abweichungen sind in Form einer vergleichenden Übersicht der Fassung in den Musterverträgen gegenüberzustellen und zu begründen.

6 Der Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen stellt im Rahmen seiner regelmäßigen Prüfungen fest, ob die Vorschrift des § 12 WGGDV von den Woh-

nungsunternehmen eingehalten wird. Die Feststellungen sind in dem Prüfungsbericht aufzunehmen.

7 Mein Erlaß vom 10. August 1967 (StAnz. S. 1060) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 18. 6. 1974

Der Hessische Minister des Innern
V B 51 — 57 b 18 — 7/74
StAnz. 27/1974 S. 1198

854

Der Hessische Minister der Finanzen

An alle brennstoffverbrauchenden staatlichen Bedarfsstellen
Berechnung des Heizkostenbeitrages für Dienst- und Mietwohnungen;

hier: für die Heizperiode 1974/75

Bezug: § 25 (2) Hessische Dienstwohnungsvorschriften (HDWV) vom 1. 10. 1971 (StAnz. S. 1722)

Als Grundlage für die Berechnung des Heizkostenentgelts nach dem Stichtag 1. Juli 1974 werden festgesetzt:

a) bei Verwendung von festem Brennstoff
(50 kg) = 12,05 DM/qm (Mittelwert)

b) bei Verwendung von flüssigem Brennstoff
(38 kg) = 10,90 DM/qm

Wiesbaden, 21. 6. 1974

Landesbeschaffungsstelle Hessen
2 — 815

StAnz. 27/1974 S. 1199

855

Der Hessische Kultusminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel (kleines Landessiegel) Nr. 5 der Tilemannschule Limburg/Lahn ist abhanden gekommen. Es handelt sich um einen Gummi-Farbdruckstempel mit der Umschrift: „Tilemannschule Limburg/Lahn, Gymnasium und altsprachliches Gymnasium“ und der Kenn-Nr. 5 unter dem Landeswappen.

Das vorstehende Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 20. 6. 1974

Der Hessische Kultusminister
I B 4.2 — 000/074 — 95

StAnz. 27/1974 S. 1199

856

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Bekanntmachung über die siebente atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block A

Gemäß § 7b des Atomgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814), zuletzt geändert durch das Bundesimmis-sionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), gebe ich bekannt:

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister und dem Hessischen Minister des Innern habe ich am 26. Juni 1974 dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, Essen, der Kraftwerk Union AG, Erlangen, und der Hochtief AG für Hoch- und Tiefbauten, vormals Gebrüder Helfmann, Frankfurt/Main, die siebente atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk in der Gemarkung Biblis/Rhein (Kernkraftwerk Biblis, Block A) erteilt.

Eine Ausfertigung der siebenten Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block A, liegt in der Zeit vom 9. Juli 1974 bis 23. Juli 1974 einschließlich

1. bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Biblis, Kreis Bergstraße, Darmstädter Straße, Rathaus, Zimmer 10,
2. bei dem Landrat des Kreises Bergstraße, Heppenheim/ Bergstraße, Gräffstr. 5, Zimmer 57,

jeweils während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Mit dem Ende dieser Auslegungsfrist gilt diese siebente atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block A, vom 26. Juni 1974 gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben als zugestellt.

Wiesbaden, 26. Juni 1974

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV b 4 — 992.0403

StAnz. 27/1974 S. 1199

857

Eichung und Beglaubigung von Wasserzählern für Kaltwasser

Bezug: Erlaß des MWT vom 9. 5. 1974 (StAnz. S. 1020)

In dem Auszug aus der Eichkostenordnung des o. a. Erlasses muß es bei Schlüsselzahl 06.6.2.1 (StAnz. 1974 S. 1021 rechte Spalte) statt „Berichtigung“ richtig

„Berichtigungen“

heißen.

Die Redaktion

StAnz. 27/1974 S. 1199

858

Der Hessische Sozialminister

Berufung von Organmitgliedern nach § 102 Abs. 2 und 3 KVLG
— Aufforderung zur Einreichung von Vorschlagslisten —

Organe der Selbstverwaltung der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Darmstadt sind gemäß § 52 Abs. 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte — KVLG —) vom 10. August 1972 (BGBl. I S. 1433) die Organe der Selbstverwaltung der Land- und forstwirtschaft-

lichen Berufsgenossenschaft Darmstadt, deren Wahlperiode am 30. September 1974 endet. Für die neue Wahlperiode sind nach § 102 Abs. 2 KVLG die Organe der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt, 61 Darmstadt, Heidelberger Straße 14, durch die Berufung weiterer Mitglieder aus dem Kreis der nach dem KVLG Versicherten um ein Drittel ihrer satzungsmäßigen Mitgliederzahl zu erweitern; die hinzutretenden Mitglieder wirken nur in Angelegenheiten des KVLG mit.

Bei der Berufung sind die Versicherten, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte Organmitglieder von Trägern der Krankenversicherung waren, und die Versicherten, die zu Versichertengruppen gehören, die in den Organen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nicht vertreten sind, besonders zu berücksichtigen.

Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft umfaßt die kreisfreien Städte

Darmstadt, Gießen, Offenbach am Main,

die Landkreise

Bergstraße, Darmstadt, Dieburg, Gießen ohne die Ortsteile Salzbüden und Odenhausen der Gemeinde Lollar, Groß-Gerau, Odenwaldkreis, Offenbach, Vogelsbergkreis ohne die Stadtteile Berfa, Hattendorf, Lingelbach der Stadt Alsfeld und ohne die Ortsteile Radmühl (früher Kreis Gelnhausen), Reinharde und Weidenau der Gemeinde Freiensteinau, Wetteraukreis ohne den Ortsteil Helfersdorf der Gemeinde Kefenrod und den Stadtteil Wolferborn der Stadt Büdingen,

die Stadtteile

Harheim, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach der Stadt Frankfurt am Main,

die Stadtteile

Ober-Erlenbach und Ober-Eschbach der Stadt Bad Homburg Hochtaunuskreis,

den Stadtteil

Burgholzhausen der Stadt Friedrichsdorf Hochtaunuskreis,

die Stadtteile

Steinheim am Main und Klein-Auheim der Stadt Hanau,

den Stadtteil

Heldenbergen der Stadt Nidderau Main-Kinzig-Kreis,

die Ortsteile

Altwiedermus der Gemeinde Ronneburg Main-Kinzig-Kreis, Büdesheim der Gemeinde Schöneck Main-Kinzig-Kreis, Langenbergheim der Gemeinde Hammersbach Main-Kinzig-Kreis, Böß-Gesäß und Ilnhausen der Gemeinde Birstein Main-Kinzig-Kreis, Haingründau und Mittelgründau der Gemeinde Gründau Main-Kinzig-Kreis.

Die hinzutretenden Organmitglieder und ihre Stellvertreter werden bei der genannten landesunmittelbaren landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft durch den Hessischen Sozialminister im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt berufen. Vorschlagslisten hierfür können bis zum **31. Juli 1974** bei dem Hessischen Sozialminister, 62 Wiesbaden, Adolfsallee 53, eingereicht werden.

Vorschlagslisten können eingereicht werden von Vereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, die die Interessen der nach dem KVLG versicherten Personen vertreten.

Vorschlagslisten können auch von Versicherten eingereicht werden, die nicht in einer Vereinigung zusammengeschlossen sind (freie Listen).

Die Vorschlagslisten sind nach dem Muster der Anlage in zwei Stücken einzureichen.

Die Vorschlagslisten müssen mit Schreibmaschine ausgefüllt sein. Unterschriften sind mindestens auf einem Stück eigenhändig zu vollziehen; der Name jedes Unterzeichners ist außerdem in Maschinenschrift oder Druckbuchstaben einzusetzen.

Die Vorschlagslisten der vorschlagsberechtigten Vereinigungen müssen von mindestens 2 Personen unterschrieben sein, die zur Vertretung der Vereinigung berechtigt sind. Freie Vorschlagslisten, die von Versicherten eingereicht werden, müssen die Unterschriften von mindestens dreißig nach dem KVLG versicherten Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, tragen.

Nicht gültig sind Unterschriften von Personen, die

1. entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen,
2. infolge strafgerichtlicher Verurteilung das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, nicht besitzen,
3. wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind.

Den Vorschlagslisten sind eigenhändig unterschriebene Zustimmungserklärungen der Bewerber beizufügen.

In den Vorschlagslisten von Vereinigungen sind ein Listenvertreter und sein Stellvertreter zu benennen. In den freien Listen sollen ein Listenvertreter, sein Stellvertreter und ein weiterer Stellvertreter benannt werden. Soweit dies nicht geschieht oder ein Benannter ausscheidet, gelten die Unterzeichner der Liste in der Reihenfolge ihrer Unterschriften als Listenvertreter, als sein Stellvertreter und als weiterer Stellvertreter.

Zu berufen sind jeweils

I. zur Erweiterung der Vertreterversammlung 6 Vertreter der Versicherten

II. zur Erweiterung des Vorstandes 2 Vertreter der Versicherten

sowie die erforderliche Zahl von Stellvertretern.

Die als Organmitglieder oder Stellvertreter vorgeschlagenen Personen müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

Berufen werden kann, wer am 5. Oktober 1973 das 21. Lebensjahr vollendet hat und

1. bei der bei der Berufsgenossenschaft errichteten landwirtschaftlichen Krankenkasse nach dem KVLG versichert ist,
2. das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag besitzt,
3. seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Lande hat, das ganz oder teilweise zum Zuständigkeitsbereich des Versicherungsträgers gehört, oder in einem solchen Lande regelmäßig beschäftigt oder tätig ist.

Nicht berufen werden kann, wer

1. endmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht,
2. infolge strafgerichtlicher Verurteilung das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, nicht besitzt,
3. wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht ist,
4. infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt,
5. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ein Vermögen beschränkt ist,
6. seit dem letzten Wahljahr nach § 6 des Selbstverwaltungsgesetzes wegen grober Verletzung seiner Pflichten seines Amtes enthoben worden ist.

Nicht berufen werden können ferner

1. Beamte, Angestellte und Arbeiter der Berufsgenossenschaft und der landwirtschaftlichen Krankenkasse sowie andere Personen, die in gleicher Weise für diese Versicherungsträger tätig sind,
2. leitende Beamte und Angestellte einer Behörde, die Aufsichts- oder Genehmigungsbefugnisse gegenüber der Berufsgenossenschaft oder der landwirtschaftlichen Krankenkasse haben,
3. andere Beamte und Angestellte einer solchen Behörde, sofern sie im Fachgebiet der Sozialversicherung tätig sind,
4. Personen, die regelmäßig freiberuflich für die Berufsgenossenschaft oder die landwirtschaftliche Krankenkasse oder im Rahmen eines mit diesen abgeschlossenen Vertrages tätig sind,

und zwar für die unter den Nummern 1 bis 3 Genannten bis zur tatsächlichen Beendigung ihrer Tätigkeit, für die unter Nummer 4 Genannten bis zum Ablauf eines Jahres nach dem letzten Tätigwerden.

Mitglieder der Vertreterversammlung und ihre Stellvertreter können nicht gleichzeitig dem Vorstand angehören oder Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern sein.

Weitere Auskünfte erteilen der Hessische Sozialminister, 62 Wiesbaden, Adolfsallee 53, und die genannten Versicherungsträger.

Wiesbaden, 11. 6. 1974

Der Hessische Sozialminister
I B 54 m 203 — 909/74

StAnz. 27/1974 S. 1199

Anlage

Listenvertreter: (Name, Vorname, Wohnort, Wohnung, Fernruf)
 Stellvertreter: (Name, Vorname, Wohnort, Wohnung, Fernruf)
 Stellvertreter: (Name, Vorname, Wohnort, Wohnung, Fernruf)

An den

Hessischen Sozialminister
 — Referat I B 4 —
 62 Wiesbaden
 Adolfsallee 53

Vorschlagsliste

des/der (Bezeichnung des Listenträgers)
 für die Berufung weiterer Organmitglieder nach § 102 KVLG
 bei der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
 Darmstadt.

Als weitere Versichertenvertreter werden vorgeschlagen:
 I. als Mitglieder der Vertreterversammlung

1. Mitglieder

Lfd. Nr.	Name (bei Frauen auch Geburtsname) Vorname	Geburts-tag	Wohnort Wohnung	Bis 30. 9. 1972 Organmit-glied eines Trägers der Kranken-versicherung? Bei welchem?	Zugehörigkeit zu einer Ver-sichertengruppe, die in den Or-ganen der land-wirtschaftlichen Berufsgenossen-schaften nicht vertreten ist? Welche Gruppe?
----------	--	-------------	-----------------	---	---

1. _____
2. _____
3. _____
- usw. _____

2. Stellvertreter

1. _____
2. _____
3. _____
- usw. _____

II. als Mitglieder des Vorstandes

1. Mitglieder

Lfd. Nr.	Name (bei Frauen auch Geburtsname) Vorname	Geburts-tag	Wohnort Wohnung	Bis 30. 9. 1972 Organmit-glied eines Trägers der Kranken-versicherung? Bei welchem?	Zugehörigkeit zu einer Ver-sichertengruppe, die in den Or-ganen der land-wirtschaftlichen Berufsgenossen-schaften nicht vertreten ist? Welche Gruppe?
----------	--	-------------	-----------------	---	---

1. _____
2. _____
3. _____
- usw. _____

2. Stellvertreter

1. _____
2. _____
3. _____
- usw. _____

Besondere Vorschläge über die Stellvertretung im Vorstand
 (persönliche Stellvertretung nach § 3 Abs. 2 SVwG):

Die Liste umfaßt insgesamt Blätter. Erklä-rungen der Bewerber, daß sie ihrer Aufstel-lung zustimmen, sind beigefügt.

Es wird ausdrücklich bestätigt, daß die Voraussetzungen für die Berufung aller Bewerber geprüft worden sind, und zwar, soweit erforderlich, an Hand von Unterlagen. Die Prüfung hat ergeben, daß die Voraussetzungen in der Person jedes Bewerbers vorliegen.

....., den 19.....

(Unterschriften der zur Vertretung der Personenvereinigung oder des Verbandes berechtigten Personen)

Weitere Listenunterzeichner (soweit erforderlich)

Lfd. Nr.	Unterschrift	Name (bei Frauen auch Geburtsname) Vorname	Geburtstag	Wohnort Wohnung
----------	--------------	--	------------	-----------------

859

Verzinsung von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger

Die für die Sozialversicherung zuständigen obersten Aufsichtsbehörden haben sich auf einer ihrer letzten Arbeitstagen mit der Frage der angemessenen Verzinsung von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger befaßt.

Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Sozialversicherungsträger in der Vergangenheit zur Bestimmung des angemessenen Ertrages bei Vermögensanlagen im allgemeinen den jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank als Richtschnur herangezogen haben. In der Regel wurde hierbei unterstellt, daß die untere Grenze des marktüblichen Zinses dann nicht unterschritten ist, wenn der vereinbarte Zinssatz 1 v. H. über dem Bundesbankdiskontsatz liegt.

Seit einiger Zeit unterliegt jedoch der Diskontsatz der Deutschen Bundesbank besonderen, von währungspolitischen Erfordernissen ausgelösten Schwankungen, die nicht immer den Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt entsprechen. Auf Grund dieser Sachlage erscheint es nicht mehr vertretbar, die Angemessenheit des Ertrages im Sinne des § 26 Abs. 1 Satz 1 RVO am jeweiligen Diskontsatz der Bundesbank zu messen.

Im Hinblick auf die zu beobachtende Streubreite der Verzinsung, die von den verschiedensten Faktoren (z. B. Anlageart, Laufzeit, Höhe des angelegten Betrages, regionale Gegebenheiten) beeinflußt wird, ist es — jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt — nicht möglich, allgemeinverbindliche Orientierungsmaßstäbe zu setzen.

Die Angemessenheit des Ertrages im Sinne des § 26 Abs. 1 Satz 1 RVO kann daher künftig grundsätzlich nur an Hand des konkreten Einzelfalles und nach der jeweiligen Lage am allgemeinen Geld- und Kapitalmarkt beurteilt werden.

Für die Ermittlung der marktüblichen Verzinsung erweist es sich erfahrungsgemäß als nützlich, entsprechende Auskünfte bei verschiedenen Kreditinstituten einzuholen. Als weiteres wertvolles Orientierungsmittel kommen wegen ihres Inhalts und ihrer Aktualität die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank in Betracht.

Der Vollständigkeit halber weise ich noch darauf hin, daß Vermögensanlagen, die keinen angemessenen Ertrag erbringen, lediglich bei Vorliegen der in § 26 Abs. 2 RVO normierten Voraussetzungen zulässig sind. Sie bedürfen nach § 27 c RVO der aufsichtlichen Genehmigung.

Wiesbaden, 31. 5. 1974

Der Hessische Sozialminister
 StS — IB 54 a 216 — 799/74
 StAnz. 27/1974 S. 1201

860**Härteausgleich nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) an Stelle eines Zuschusses zur Unterstellmöglichkeit für ein Motorfahrzeug**

Nach § 2 Satz 1 Nr. 6 der Durchführungsverordnung zu § 11 Abs. 3 und § 13 BVG (DVO) erhalten Beschädigte zu den Mietkosten einer Unterstellmöglichkeit für ein Motorfahrzeug, bei dessen Beschaffung die Voraussetzungen zur Gewährung eines Zuschusses nach § 2 Satz 1 Nr. 1 DVO vorliegen, einen jährlichen Zuschuß bis zu 300 DM. Wegen des eindeutigen Wortlauts des § 2 Satz 1 Nr. 6 DVO kann dieser Zuschuß dann nicht gewährt werden, wenn der Beschädigte an Stelle einer (überdachten) „Unterstellmöglichkeit“ lediglich eine nicht überdachte Abstellmöglichkeit für das Motorfahrzeug gemietet hat. Aus der Beschränkung des Zuschusses auf die Inanspruchnahme einer Unterstellmöglichkeit kann sich indessen vom Zweck der Ersatzleistung des § 2 Satz 1 Nr. 6 DVO her, dem Beschädigten in zumutbarer Entfernung von seiner Wohnung jederzeit eine Abstellmöglichkeit für das Motorfahrzeug zu sichern, im Einzelfall eine besondere Härte im Sinne von § 89 Abs. 1 BVG ergeben.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stimmte daher mit Rundschreiben vom 30. Mai 1974 — V a 3 — 5207.21 — /74 — nach § 89 Abs. 2 BVG einem Härteausgleich im Umfang des Zuschusses nach § 2 Satz 1 Nr. 6 DVO zur Miete für eine nicht überdachte, gesicherte Abstellmöglichkeit in den Fällen zu, in denen dem Beschädigten die Anmietung einer Unterstellmöglichkeit für sein Motorfahrzeug innerhalb seines engeren Wohnbereichs in zumutbarer Entfernung von seiner Wohnung nach den örtlichen Gegebenheiten nicht möglich ist.

Meiner Zustimmung für die Entscheidung über diesen Härteausgleich bedarf es nicht.

Wiesbaden, 11. 6. 1974

Der Hessische Sozialminister
StS — I A 5 — 5072/5245
StAnz. 27/1974 S. 1202

861

An die
Herren Regierungspräsidenten
in Darmstadt und Kassel

Gewerbeaufsicht;

hier: Übertragung von Zuständigkeiten

Bezug: Meine Erlasse vom 9. 5. 1963 III a 1 — 13 a 04
Tgb. Nr. 004084/63 (n. v.) und vom 17. 3. 1971 —
Z 1 b — 61/71 — (n. v.)

Für Ihren Geschäftsbereich werden Sie hiermit bis zu einer generellen Regelung ermächtigt, für Bedienstete der Gewerbeaufsicht und der Meß- und Prüfstelle nachstehend aufgeführte Dienstreisen in eigener Zuständigkeit zu genehmigen:

1. Auslandsdienstreisen, sofern dem Land Hessen hierdurch keine Kosten entstehen. Hierbei ist ein strenger Maßstab anzulegen, damit der Dienstbetrieb durch die Abwesenheit der Bediensteten nicht beeinträchtigt wird.
2. Dienstreisen auch außerhalb des Landes Hessen, zu Besichtigungen von Betrieben und Anlagen, zur Teilnahme von Mitgliedern verschiedener Fachausschüsse an Sitzungen, zur Übernahme von Referaten auf dem Gebiet des Arbeits- und Nachbarnschutzes und ähnliche.
3. Dienstreisen zur Teilnahme an Fachtagungen, Kongressen, Ausstellungen, Messen und dgl., sofern diese 5 Tage nicht überschreiten.

Dienstreisen zu Aus- und Fortbildungslehrgängen über 5 Tage Dauer werden von mir genehmigt.

Ich bitte, die Leitenden Gewerbeaufsichtsbeamten bei allen Dienstreiseanträgen von Bediensteten der Gewerbeaufsicht und der Meß- und Prüfstelle wegen der Notwendigkeit der Dienstreise und zur Auswahl vorher zu beteiligen.

Meine o. a. Erlasse werden aufgehoben. Mein Erlaß vom 8. 12. 1970 (StAnz. 1971 S. 15) gilt unverändert weiter.

Wiesbaden, 20. 5. 1974

Der Hessische Sozialminister
StS I C 1 a — 13 001
StAnz. 27/1974 S. 1202

862**Personalmeldungen**

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Günther Gorr, Martin Heid, Rolf Spamer, Hans Stracke, Ulrich Lüdke (sämtlich 1. 5. 1974);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Günter Flegler, LA Hanau (16. 4. 1974);

zum **Baurat z. A. (BaP)** Baureferendar (BaW) Hans Dieter Hensel (1. 5. 1974);

zum **Amtsrat Amtmann (BaL)** Hans Baudler, LA Hochtaunuskreis (30. 4. 1974);

zum **Amtmann Oberinspektor (BaL)** Herbert Barth (5. 4. 1974);

zum **Oberinspektor Inspektor (BaL)** Ulrich Breiter, LA Untertaunuskreis (26. 4. 1974);

zum **Inspektor Inspektor z. A. (BaP)** Werner Krönert (5. 4. 1974);

zu **Inspektoren** die Hauptsekretäre (BaL) Willibald Herit, LA Dieburg (30. 4. 1974), Werner Euler, LA Offenbach (30. 4. 1974), Günter Veix, LA Darmstadt (26. 4. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektorin (BaP) Inge König (13. 5. 1974), Inspektor (BaP) Wolfgang Nickel (3. 5. 1974);

versetzt:

zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regierungsrat z. A. Carl Friedrich Janz (1. 5. 1974);
zum LA Wetteraukreis Oberinspektor Friedrich Droste, Kreisaußschuß Hochtaunuskreis (1. 5. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Amtsrat Karl Boos (31. 5. 1974) gem. § 51 Abs. 1 l. V. mit § 52 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 21. 6. 1974

Der Regierungspräsident
12 — 71 02 07 E

StAnz. 27/1974 S. 1202

der Polizeipräsident in Frankfurt am Main

versetzt:

zur Schutzpolizei des Landes Rheinland-Pfalz Polizeihauptwachtmeister (BaP) Kurt Caspary (1. 5. 1974), Polizeiobermeister (BaL) Rudolf Bäuml (1. 6. 1974).

Frankfurt/Main, 19. 6. 1974

Der Polizeipräsident
P III

StAnz. 27/1974 S. 1202

Polizeipräsident in Kassel

ernannt:

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Wolfgang Laube, Wolf Dieter Hildebrandt, Polizeikommissar (BaP) Gerhard Bohnes (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Klaus Balsam, Jürgen Ehlert, Horst Henkel, Willfried Giesler, Rudolf Ondruch (sämtlich 1. 4. 1974), Manfred Mießen (8. 4. 1974);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Heinz Döring, Herbert Fischer, Walter Grafen, Wilhelm Heilemann, Ludwig Horn, Wilhelm Jordan, Georg Liese, Anton Pleyer, Johann Runkel, Konrad Schäffer, Fritz Schmidt, Johannes Schwarz, Ernst Stallmann, Robert Schmidt, Hugo Wenderoth (sämtlich 1. 4. 1974), Heinrich Löber (2. 4. 1974);

zu **Kriminalhauptmeistern** die Kriminalobermeister (BaL) Josef Klug, Holger May, Wolfgang Rode, die Kriminalobermeister (BaP) Rudolf Becker, Hermann Hupfeld sämtlich 1. 4. 1974), Polizeiobermeister i. Kd. (BaL) Peter Neumann (8. 4. 1974);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Werner Burghardt, Volker Entzeroth, Tassilo Fisch, Manfred Hamel, Wolfgang Grauel, Rainer Kehl, Manfred Lins, Karl-Heinz Nicklas, Anton Plescher, Dieter Schambach, Alois Siebenkittel, Eberhardt Wilhelm (sämtl. 1. 4. 1974), Volker Gabriel (2. 4. 1974), (BaP) Hans-Joachim Bendix, Herbert Eider, Wilfried Geschwind, Dieter Haldorn, Günther Herbold, Heinz Hopf, Gerd Ickler, Paul Olejniszak, Volker Schade, Horst Villmar (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Polizeiobermeistern i. Kd.** die Polizeimeister i. Kd. (BaL) Wilfried Brandt, Matthias Legrand, die Polizeimeister i. Kd. (BaP) Karl-Heinz Arndt, Friedhelm Kleimann, Walter Lehmann (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaP) Udo Gärtner, Erich Schwarz (beide 29. 4. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Polizeimeister (BaP) Volker Gabriel (11. 3. 1974), Horst-Falko Werner (22. 3. 1974), Dieter Dabs, Lothar Dilk, Harald Eberhardt, Walter Emde, Adolf Funke, Kurt George, Gerhardt Gundlach, Siegfried Kerner, Karl-Heinz Kochensperger, Bruno Lehmann, Manfred Lohwasser, Herbert Mahnke, Heinrich Mell, Bernd Pipper, Dieter Schürmann, Paul Schulz, Klaus-Dieter Schwannecke, Karl Heinrich Uhle (sämtlich 25. 3. 1974); Günter Franke (28. 3. 1974);

versetzt:

von der Polizeidirektion Lörrach Polizeimeister (BaL) Wilfried Thoma (1. 3. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Kriminalhauptmeisterin Herta Liedtke, Kriminalhauptmeister Franz Jankowski, die Polizeihauptmeister Gottfried Blass, Wilhelm Brede, Hans Dehnhardt, Josef Goedert, Ludwig Heckmann, Heinz Hennig, Konrad Jäger, Karl Joras, Heinrich Koch, Hans Lieberum, Paul Lipinski, Karl Rieb, Polizeiobermeister Willi Pickhardt (sämtlich 1. 4. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeihauptmeister Wilhelm Maierandres (1. 4. 1974) gem. § 51 Abs. 1 i. V. m. § 193 Abs. 1 HBG.

Kassel, 31. 5. 1974

Der Polizeipräsident

P III — 8 b 24

StAnz. 27/1974 S. 1202

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

Oberfinanzdirektion

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Gerd Bauer, Dr. Edgar Schäfer (beide 1. 4. 1974);

zu **Regierungsräten** die Obersteuerräte (BaL) Walter Backsch (1. 4. 1974), Siegmund Heinz (30. 4. 1974), Helmut Herth (1. 4. 1974);

zum **Obersteuerrat** Steuerrat (BaL) Nikolaus Rech (1. 4. 1974);

zu **Steuerräten** die Steueramtmänner Gerhart Kaltofen, Wolfram Welker (beide 1. 4. 1974);

zur **Amtsinspektorin** Steuerhauptsekretärin (BaL) Maria Opitz (1. 4. 1974);

zu **Amtsinspektoren** die Steuerhauptsekretäre (BaL) Albert Greif, Gerhard Eugen Hönig (beide 1. 4. 1974);

zu **Steuerhauptsekretären** die Steuerobersekretäre (BaL) Heiko Fehlings, Günther Röhrig (beide 1. 4. 1974);

zur **Steuersekretärin** Steuersekretärin z. A. (BaP) Gabriele Styppa (4. 3. 1974);

zum **Hauptamtsgehilfen** (BaL) Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Hilmar Könecke (2. 5. 1974);

Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Hans-Ludwig Ortmüller, FA Biedenkopf, Heinrich Schormann, FA Wiesb., Herrngartenstraße, Helmut Steiner, FA Friedberg, Georg Steinmann, FA Ffm.-Börse, Heinz Rudolf

Wilzek, FA Ffm.-Taunustor, Johann Weckber, FA Ffm.-Höchst (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Bewerber Jörg Peters, FA Rüdeshelm (1. 5. 1974), Klaus Schleicher, FA Limburg (1. 4. 1974);

zu **Obersteuerräten** die Steuerräte (BaL) Karl Klingl, FA Ffm.-Börse (26. 4. 1974), Hans Treffert, FA Offenbach-Land (1. 4. 1974), Benno Wolle, FA Ffm.-Börse (26. 4. 1974);

zu **Steuerräten** die Steueramtmänner (BaL) Otto Iffland, FA Darmstadt (29. 4. 1974), Franz Jäger, FA Bad Homburg (1. 4. 1974), Theo Kranz, FA Rotenburg (1. 4. 1974), Herbert Kugelmann, FA Ffm.-Stiftstraße (26. 4. 1974), Gerhard Kullmann, FA Darmstadt (1. 4. 1974), Helmut Maxeiner, FA Wetzlar (26. 4. 1974), Wilfried Newrly, FA Michelstadt (1. 4. 1974), Artur Rasch, FA Ffm., Hamburger Allee (29. 4. 1974), Karl-Heinz Schaumann, FA Kassel, Goethestraße (1. 4. 1974), Hans-Günther Urban, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (22. 4. 1974), Manfred Urff, FA Kassel, Goethestraße (1. 4. 1974), August Wulff, FA Kassel, Spohrstraße (1. 4. 1974);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren (BaL) Rudi Eiselt, FA Offenbach-Stadt (2. 4. 1974), Robert Donhauser, FA Ffm., Stiftstraße (30. 4. 1974), Werner Enders, FA Alsfeld (1. 4. 1974), Rudolf Goeke, FA Kassel, Goethestraße (29. 4. 1974), Uwe Meinhardt, FA Frankenberg (3. 4. 1974), Hermann Michel, FA Weilburg (29. 4. 1974), Ernst Nuhn, FA Bad Hersfeld (22. 4. 1974), Horst Reichel, FA Bad Schwalbach (3. 4. 1974), Robert Rückert, FA Korbach (29. 4. 1974), Gerhard Schäfer, FA Witzenhausen (29. 4. 1974);

zu **Steueroberinspektorinnen** die Steuerinspektorinnen (BaL) Liesel Binzer, FA Offenbach-Stadt, Ulrike Kuhl, FA Gießen, Heide Gansloser, FA Ffm.-Höchst (sämtlich 1. 4. 1974), Carla Kirmse, FA Bad Schwalbach (19. 4. 1974);

zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaL) Willi Adler, FA Wetzlar, Hans Eberhard Augustin, FA Homberg, Helmut Dillmann, FA Offenbach-Stadt, Gerhard Diring, FA Lauterbach, Heinz-Dieter Gonther, FA Friedberg, Michael Hampel, FA Kassel, Spohrstraße, Dieter Henkel, FA Marburg, Udo Heuser, FA Kassel, Goethestraße, Walter Hohmeister, FA Ffm., Taunustor, Horst Holl, FA Rotenburg, Klaus-Jürgen Huber, FA Gießen, Jürgen Itz, FA Wetzlar, Helmut Jordan, FA Ffm., Hamburger Allee, Jörg Kästner, FA Dieburg, Manfred Kirchner, FA Witzenhausen, Heinz Klinger, FA Darmstadt, Wolfgang Klopsch, FA Ffm., Taunustor, Herbert Kniese, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Wolfgang Laux, FA Limburg, Karl Heinz Mönch, FA Homberg, Manfred Müller, FA Darmstadt, Hans-Ulrich Muth, FA Ffm.-Höchst, Hartmut Neumann, FA Darmstadt, Peter Neumann, FA Kassel, Goethestraße, Walter Oestreich, FA Gelnhausen, Gerhard Paus, FA Fulda, Peter Eberhard, FA Bensheim, Heinz-Rüdiger Pfaff, FA Wetzlar, Otto Pippert, FA Bensheim, Johannes Quack, FA Ffm., Stiftstraße, Harald Reitzenstein, FA Hana, Klaus Röse, FA Offenbach-Stadt, Franz Rohr, FA Dieburg, Wilhelm Ronken, FA Darmstadt, Klaus Roth, FA Ffm.-Börse, Werner Seibel, FA Ffm., Stiftstraße, Ernst Semmler, FA Kassel, Goethestraße, Alfred Slansky, FA Dillenburg, Karl-Heinz Sauer, FA Schwalmstadt, Heinrich Sohn, FA Marburg, Ernst-Günter Sommer, FA Schwalmstadt, Heribert Scheib, FA Ffm., Stiftstraße, Reiner Schembs, FA Darmstadt, Peter Schimmelpfennig, FA Hana, Helmut Schmelz, FA Ffm., Stiftstraße, Bernd Schmidt, FA Wetzlar, Manfred Schmidt, FA Offenbach-Stadt, Otto Schöning, FA Ffm., Taunustor, Günter Scholz, FA Homberg, Gerhard Stollberg, FA Fulda, Wolfgang Tannert, FA Limburg, Wolfgang Töniges, FA Frankenberg, Hans-Joachim Tunnat, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Helmut Vogel, FA Ffm., Stiftstraße, Wolfgang Walter, FA Ffm.-Börse, Heiner Woitschell, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Volker Zeh, FA Kassel, Spohrstraße, Heinz Zörb, FA Wetzlar (sämtlich 1. 4. 1974), Ernst-Dieter Fuchs, FA Fulda (3. 4. 1974), Jürgen Knies, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (9. 4. 1974), Dieter Kothe, FA Bad Schwalbach (2. 4. 1974), Franz-Gerhard Kreiss, FA Ffm., Stiftstraße (3. 4. 1974), Norbert Löw, FA Ffm.-Höchst (5. 4. 1974), Günther Mais, FA Ffm., Stiftstraße (3. 4. 1974), Klaus Nicolai, FA Nidda (2. 4. 1974), Helmut Schäfer, FA Ffm., Börse (5. 4. 1974), Heinz Wegener, FA Eschwege (2. 4. 1974);

zum **Steueroberinspektor (BaL)** Steuerinspektor (BaP) Hartmut Weyel, FA Dillenburg (1. 4. 1974);

zu **Steueroberinspektorinnen** die Steuerinspektorinnen (BaP) Ilse Baumann, FA Darmstadt, Ingrid Giersdorf, FA

Offenbach-Stadt, Annelie Hauptvogel, FA Offenbach-Stadt, Anne-Marie Hillenbrand, FA Ffm., Stiftstraße, Gerda Kaus, FA Ffm., Taunustor, Margot Mandler, FA Friedberg, Eveline Mötzing, FA Rotenburg, Lotti Schmidt, FA Offenbach-Stadt, Brigitte Wernicke, FA Darmstadt (sämtlich 1. 4. 1974), Ilse Rohm, FA Ffm., Taunustor (8. 4. 1974);

zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaP) Claus-Peter Amend, FA Groß-Gerau, Gerhard Armer, FA Langen, Lothar Barth, FA Ffm.-Börse, Michael Burkardt, FA Darmstadt, Gerd Cornelius, FA Frankenberg, Peter Croll, FA Ffm., Taunustor, Rainer Dotzauer, FA Wetzlar, Günter Engel, FA Witzenhausen, Wolfgang Finger, FA Korbach, Harro Franken, FA Frankenberg, Hans-Friedrich Frauenrieder, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Karl-Heinz Furtner, FA Ffm., Stiftstraße, Kurt Galgon, FA Bad Homburg, Manfred Gath, FA Weilburg, Günther Hahn, FA Ffm., Stiftstraße, Burkhard Haub, FA Friedberg, Wolfgang Hein, FA Bad Homburg, Kurt-Jürgen Hoek, FA Gießen, Friedhelm Homberger, FA Marburg, Horst Käsemann, FA Hanau, Hubert Koch, FA Dillenburg, Karl-Heinz Lipper, FA Offenbach-Land, Horst Marquardt, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Rudolf Münnich, FA Bad Homburg, Wolfgang Nöll, FA Ffm., Taunustor, Georg Paar, FA Ffm.-Höchst, Horst Siebert, FA Ffm., Taunustor, Udo Schermoly, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Dieter Schilling, FA Darmstadt, Erwin Schneider, FA Wetzlar, Heinz Schönewolf, FA Melsungen, Horst Schuricht, FA Offenbach-Land, Helmut Stroh, FA Bad Homburg, Fritz Tschuri, FA Ffm.-Höchst, Emil Vollmer, FA Bensheim, Michael Wiesner, FA Ffm., Stiftstraße, Dieter Zigeliski, FA Gelnhausen, Lothar Zumpft, FA Gießen (sämtlich 1. 4. 1974), Karl Horr, FA Eschwege (2. 4. 1974), Wilfried Löw, FA Rüdeshcim (2. 4. 1974), Klaus-Dieter Rühle, FA Gießen (3. 4. 1974) Walter Wohletz, FA Ffm., Taunustor (3. 4. 1974), Gerhard Ziehn, FA Bad Hersfeld (2. 4. 1974);

zum **Steuerinspektor** Steuerinspektor z. A. (BaP) Gerhard Wagner, FA Bad Hersfeld (8. 4. 1974);

zu **Amtsinspektoren** die Steuerhauptsekretäre (BaL) Claus Arend, FA Friedberg, Theodor Bringmann, FA Kassel, Spohrstraße, Horst Frutig, FA Offenbach-Stadt, Johann Mathes, FA Fulda, Robert Piezl, FA Darmstadt, Heinrich Steinbrecher, FA Schwalmstadt, Manfred Steinbrecher, FA Darmstadt, Horst Thierolf, FA Bensheim, Gerhard Vazansky, FA Bad Homburg, Paul Wüst, FA Weilburg (sämtlich 1. 4. 1974), Franz Jahn, FA Fulda (2. 4. 1974), Helmut Pfeifer, FA Bensheim (3. 4. 1974);

zu **Steuerhauptsekretärinnen** die Steuerobersekretärinnen (BaL) Hildegard Eymelt, FA Fulda (2. 4. 1974), Christa Gassmann, FA Kassel, Spohrstraße (25. 4. 1974), Maria Kaffine, FA Limburg (25. 4. 1974);

zur **Steuerhauptsekretärin** (BaL) Steuerobersekretärin (BaP) Christiane Karl, FA Offenbach-Stadt (26. 4. 1974);

zu **Hauptsekretären** die Obersekretäre (BaL) Josef Heini, FA Darmstadt (3. 4. 1974), Kurt Kornmeyer, FA Bensheim (1. 4. 1974);

zu **Steuerhauptsekretären** die Steuerobersekretäre (BaL) Wilfried Bähr, FA Ffm., Hamburger Allee, Werner Bliska, FA Hofgeismar, Manfred Blüse, FA Kassel, Goethestraße, Wolfgang Dörr, FA Gießen, Walter Ereltz, FA Bad Homburg, Wilfried Fuchs, FA Ffm.-Höchst, Walter Gaußmann, FA Offenbach-Land, Norbert Gießler, FA Melsungen, Reinhold Großmann, FA Ffm.-Höchst, Erich Hartung, FA Fulda, Josef Heffrig, FA Limburg, Heinz Hörr, FA Bensheim, Manfred Holschuh, FA Michelstadt, Helmut Kaufmann, FA Ffm., Taunustor, Jürgen Leonhardt, FA Ffm., Taunustor, Adolf Lischik, FA Darmstadt, Reinhard Meyer, FA Wetzlar, Günther Nennstiel, FA Fulda, Manfred Novotny, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Peter Ondracek, FA Kassel, Goethestraße, Karl-Heinz Pflüger, FA Kassel, Spohrstraße, Armin Rapp, FA Kassel, Goethestr., Eduard Rebert, FA Bensheim, Hans Rödner, FA Ffm., Taunustor, Helmut Sommer, FA Fulda, Winfried Schad, FA Offenbach-Stadt, Bernhard Schmidt, FA Ffm., Stiftstraße, Bernhard Schröder, FA Korbach, Karl Schulz, FA Schwalmstadt, Robert Stede, FA Friedberg, Herbert Stitz, FA Kassel, Spohrstraße, Joachim Trübenbach, FA Ffm.-Höchst, Johann Urban, FA Hofgeismar, Karl-Heinz Vogt, FA Ffm.-Höchst, Karl Wenzel, FA Gießen (sämtlich 1. 4. 1974), Siegfried Bausch, FA Alsfeld, Otto Eckhardt, FA Wetzlar, Karl Engelhardt, FA Biedenkopf, Theodor Grodtke, FA Wetzlar, Helmut Grafen, FA Alsfeld, Friedrich Hanrath, FA Wetzlar, Heinrich Heck, FA Hanau, Otto Laue, FA

Ffm., Stiftstraße, Gerhard Ploch, FA Melsungen, Walter Protz, FA Limburg, Friedrich Siemon, FA Kassel, Goethestraße, Horst-Werner Swiniarski, FA Ffm.-Höchst, Siegfried Szebrat, FA Dillenburg, Heinz Vaterrodt, FA Marburg, Heinrich Visosky, FA Marburg, Heinz Werlé, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Gerhard Zinn, FA Homburg (sämtlich 25. 4. 1974), Hans-Heiner Fusch, FA Bad Hersfeld (2. 4. 1974), Heinz Gerwin, FA Langen (24. 4. 1974), Jürgen Leisegang, FA Ffm., Stiftstraße (29. 4. 1974), Hans Orth, FA Schwalmstadt (26. 4. 1974), Bernd Siegner, FA Bad Hersfeld (2. 4. 1974), Heinz Wagenhäuser, FA Bad Homburg (29. 4. 1974), Robert Watzenborn, FA Friedberg (26. 4. 1974), Lothar Weigt, FA Eschwege (2. 4. 1974);

zum **Steuerhauptsekretär** (BaL) der Steuerobersekretär (BaP) Helmut Strippel, FA Kassel-Spohrstraße (8. 4. 1974); zur **Steuerobersekretärin** Steuersekretärin (BaL) Karin Frohmann, FA Rüdeshcim (2. 4. 1974);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaL) Detlef

Desch, FA Kassel, Goethestraße, Karl-Heinz Gräf, FA Darmstadt, Gabriel Miko, FA Darmstadt, Dieter Mund, FA Ffm.-Höchst, Heinz-Joachim Spieker, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Hermann Weichert, FA Homburg, Reinhold Weyrauch, FA Michelstadt (sämtlich 1. 4. 1974), Hartmut Kuntz, FA Eschwege (2. 4. 1974);

zu **Steuerobersekretärinnen** die Steuersekretärinnen (BaP) Ingrid Barwitzki, FA Ffm., Taunustor, Cornelia Bopp, FA Ffm., Taunustor, Heidemarie Budde, FA Bensheim, Rita Eckert, FA Ffm.-Höchst, Ingeborg Eiber, FA Ffm., Stiftstraße, Ulrike Erzgräber, FA Darmstadt, Inge Fissmann, FA Homburg, Ingrid Franke, FA Ffm., Stiftstraße, Lore Franke, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Gertrud Grosch, FA Ffm., Taunustor, Ingrid Haase, FA Ffm., Taunustor, Christine Herbig, FA Dieburg, Cornelia Herod, FA Ffm., Taunustor, Roswitha Hohmann, FA Fulda, Anna Kalb, FA Kassel, Goethestraße, Ute Knib, FA Friedberg, Christina Kosmala, FA Darmstadt, Monika Köhl, FA Offenbach-Stadt, Gudrun Mathes, FA Friedberg, Jutta Munk, FA Kassel, Spohrstraße, Carola Nickel, FA Ffm., Taunustor, Gisela Pleß, FA Ffm., Stiftstraße, Ursula Rau, FA Wetzlar, Gudrun Ruth, FA Marburg, Hildegard Stein, FA Ffm., Taunustor, Monika Stuckhardt, FA Bad Homburg, Brunhilde Weigand, FA Ffm., Stiftstraße (sämtlich 1. 4. 1974), Brigitte Biebel, FA Langen (2. 4. 1974), Hei

drun Brandt, FA Hanau (4. 4. 1974), Christa Groschowski, FA Ffm.-Höchst (2. 4. 1974), Erika Pütz, FA Langen (2. 4. 1974), Hans-Georg Riehl, FA Ffm., Stiftstraße (8. 4. 1974);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Werner Beck, FA Dieburg, Reinhard Bieneck, FA Ffm.-Höchst, Kurt Brandt, FA Ffm., Taunustor, Gerhard Czischek, FA Ffm., Hamburger Allee, Reiner Daum, FA Darmstadt, Hartmut Ebert, FA Rotenburg, Werner Floth, FA Gelnhausen, Hubert Herzberger, FA Friedberg, Norbert Janetzki, FA Offenbach-Land, Reinhold Kiehl, FA Offenbach-Stadt, Manfred Meuser, FA Kassel-Spohrstraße, Wolfgang Motz, FA Frankenberg, Rüdiger Sander, FA Ffm., Hamburger Allee, Jürgen Unger, FA Bensheim, Siegbert Wilken, FA Bensheim (sämtlich 1. 4. 1974), Heiner Demke, FA Bad Homburg (5. 4. 1974), Udo Grosch, FA Ffm., Stiftstraße (6. 4. 1974), Philipp Hannemann, FA Ffm., Hamburger Allee (2. 4. 1974), Ulrich Kreiß, FA Eschwege (2. 4. 1974), Erwin Leschinsky, FA Korbach (17. 4. 1974), Gerhard Rudeloff, FA Eschwege (2. 4. 1974), Wolfram Seibert, FA Ffm., Taunustor (3. 4. 1974), Günter Schneider, FA Ffm., Hamburger Allee (2. 4. 1974), Gerhard Wagner, FA Ffm., Taunustor (2. 4. 1974);

zu **Oberamtsmeistern** die Amtsmeister (BaL) Günter Bindbeutel, FA Kassel, Goethestraße, Ludwig Keidel, FA Fulda (beide 1. 4. 1974);

zu **Amtsmeistern** die Hauptamtsgehilfen (BaL) Ehard Sittner, FA Nidda (2. 4. 1974), Hans-Heinrich Völker, FA Bad Hersfeld, Max Voit, FA Ffm., Stiftstraße (beide 1. 4. 1974);

zum **Hauptamtsgehilfen** (BaL) Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Heinz Klug, FA Kassel-Spohrstraße (1. 4. 1974);

Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds

ernannt:

zum **Regierungsrat** (BaL) Regierungsrat z. A. (BaP) Frank Dietrich Rensch, FA Kassel, Spohrstraße (1. 4. 1974).

Frankfurt a. M., 7. 6. 1974

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — St I 72

StAnz. 27/1974 S. 1203

Steuerverwaltung**ernannt:**

zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Bewerber Rolf Ax, FA Bad Schwalbach, Folker Müller, FA Dieburg, Hans-Volker Niemann, FA Biedenkopf (sämtlich 4. 6. 1974);

zu **Steuersekretären (BaP)** die Steueranwärter (BaW) Karl-Heinz Becker, FA Homberg, Erwin Hedrich, FA Alsfeld, Siegfried Klein, FA Bad Homburg, Gerhard Koberstein, FA Homberg, Horst Köhler, FA Rotenburg, Hilmar Rakow, FA Ffm.-Taunustor (sämtlich 1. 6. 1974);

zu **Steuersekretärinnen z. A. (BaP)** die Steueranwärterinnen (BaW) Charlotte Bläß, FA Bensheim, Maria Balzer, FA Fulda, Beate Becker, FA Wetzlar, Hannelore Bilz, FA Offenbach-Land, Gerlinde Blitz, FA Groß-Gerau, Ursula Bode, FA Bensheim, Ulrike Bräuning, FA Gießen, Birgit Christ, FA Alsfeld, Petra Daum, FA Rüdeshheim, Marlene Dönges, FA Gießen, Lieselotte Doublier, FA Alsfeld, Jutta Ehret, FA Bensheim, Eleonore Eisenbach, FA Alsfeld, Rosel Emmrich, FA Bad Homburg, Franziska Fleischmann, FA Bensheim, Margit Frank, FA Gelnhausen, Christel Freund, FA Bensheim, Rosemarie Galm, FA Offenbach-Stadt, Eleonor Gastell, FA Rüdeshheim, Gisela Geißler, FA Dieburg, Rita Ginkel, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Ines Göthel, FA Kassel, Goethestr., Anneliese Grimm, FA Bad Homburg, Brigitte Hammann, FA Michelstadt, Petra Hau, FA Fulda, Petra Hauck, FA Gelnhausen, Gerlinde Heislitz, FA Ffm.-Höchst, Erika Helm, FA Lauterbach, Maria Henrich, FA Ffm.-Höchst, Annette Huth, FA Bensheim, Cécilie Jirsch, FA Weilburg, Birgit Jung, FA Limburg, Marlies Jung, FA Weilburg, Angelika Keidel, FA Bad Hersfeld, Gabriele Köhler, FA Fulda, Sieglinde König, FA Rüdeshheim, Heidrun Krug, FA Gießen, Gertraud Künarsch, FA Rotenburg, Ulrike Liebisch, FA Friedberg, Edith Markgraf, FA Fulda, Karola Mathes, FA Fulda, Elke Matiszick, FA Ffm.-Taunustor, Doris Mayer, FA Ffm.-Taunustor, Regina Maxeiner, FA Limburg, Dagmar Menzel, FA Rotenburg, Karin Michel, FA Kassel, Spohrstr., Sylvia Michel, FA Kassel, Spohrstr., Susanne Mieland, FA Ffm.-Taunustor, Ingrid Mohr, FA Fulda, Rita Moll, FA Friedberg, Ute Moos, FA Gießen, Walburga Müller, FA Wiesb., Mainzer Str., Christine Mych, FA Ffm.-Höchst, Anna Maria von Nessler, FA Ffm.-Höchst, Beate Orth, FA Limburg, Marion Rachor, FA Offenbach-Stadt, Petra Rahn, FA Groß-Gerau, Angelika Reiss, FA Biedenkopf, Ingeborg Reinmüller, FA Ffm.-Taunustor, Rita Riemenschneider, FA Kassel, Spohrstraße, Ulrike Riesner, FA Limburg, Karin Rößler, FA Rüdeshheim, Angela Rosen, FA Kassel, Goethestr., Käthe Siebert, FA Homberg, Gerlinde Schad, FA Gießen, Inge Schade, FA Schwalmstadt, Ilona Schäfer, FA Wetzlar, Waltraud Schick, FA Gelnhausen, Christel Schmidt, FA Rotenburg, Ellen Stadel, FA Weilburg, Herta Steinmann, FA Bensheim, Ilona Stope, FA Offenbach-Stadt, Marita Trömer, FA Gießen, Margitta Turba, FA Kassel, Spohrstr., Gerlinde Unfried, FA Limburg, Gudrun Wallerer, FA Fulda, Ute Weifenbach, FA Alsfeld, Ursula Wenzel, FA Alsfeld, Petra Wiegand, FA Ffm.-Stiftstr., Annerose Winter, FA Nidda, Christa Winterling, FA Hanau, Silvia Zettl, FA Groß-Gerau (sämtlich 1. 6. 1974);

zu **Steuersekretären z. A. (BaP)** die Steueranwärter (BaW) Bernhard Abel, FA Fulda, Lothar Albrecht, FA Gießen, Jürgen Arnold, FA Eschwege, Daniel Bär, FA Bensheim, Reiner Barth, FA Biedenkopf, Hans-Ludwig Bechthold, FA Gießen, Wilfried Becker, FA Hofgeismar, Theo Beilstein, FA Dieburg, Norbert Beyermann, FA Kassel, Spohrstraße, Thomas Böhringer, FA Gelnhausen, Rolf Dornwass, FA Wiesb., Mainzer Str., Werner Eilers, FA Fulda, Jürgen Franke, FA Schwalmstadt, Volker Franz, FA Hanau, Rainer Fritsche, FA Kassel, Goethestr., Rainer Gemmerich, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Horst Gimbel, FA Bad Hersfeld, Bernd Hagemann, FA Kassel, Spohrstraße, Dieter Hansmann, FA Kassel, Spohrstr., Arno Hardt, FA Weilburg, Ulrich Haus, FA Biedenkopf, Dieter Hettler, FA Wiesb., Herrngartenstr., Jürgen Hildebrand, FA Fulda, Dietmar Köhler, FA Wetzlar, Klaus Krämer, FA Wetzlar, Horst-Dieter Kramer, FA Homberg, Manfred Krenzer, FA Fulda, Erhard Kujat, FA Homberg, Manfred Kummerant, FA Offenbach-Stadt, Dietmar Kunz, FA Bad Schwalbach, Hans-Heinrich Ludwig, FA Marburg, Michael Mehlinger, FA Wiesb., Mainzer Str., Ludwig Menne, FA Kassel, Goethestr., Ludwig Mink, FA Marburg, Wolfgang Mohrbacher, FA Alsfeld, Gerd-Ulrich Müller, FA Kassel, Spohrstr., Norbet Müller, FA Dieburg, Karl-Ernst Mulch, FA Gießen, Reiner Neidhardt, FA Gelnhausen, Karl-Heinz Neusüs, FA Hofgeismar, Walter Oet-

zel, FA Homberg, Volker Opper, FA Gießen, Dietrich Pichler, FA Hofgeismar, Werner Rinke, FA Alsfeld, Klaus-Dieter Sahl, FA Gießen, Klaus Seipel, FA Gelnhausen, Hans Georg Siebert, FA Melsungen, Klaus-Otto Schäfer, FA Kassel, Spohrstr., Hans Schäfers, FA Rüdeshheim, Rainer Schaub, FA Bad Hersfeld, Horst Scherf, FA Gelnhausen, Manfred Schiffner, FA Kassel, Spohrstr., Ralf Schild, FA Friedberg, Hermann Schmidt, FA Dillenburg, Manfred Schmidt, FA Marburg, Jürgen Schmitt, FA Fulda, Rolf Schmitt, FA Alsfeld, Klaus Schreiter, FA Rotenburg, Reinhard Schum, FA Gelnhausen, Berhold Schwalm, FA Alsfeld, Gerhard Schwalm, FA Schwalmstadt, Fredo Schwarz, FA Rotenburg, Friedrich Stein, FA Darmstadt, Gernold Strobl, FA Friedberg, Dieter Thorand, FA Ffm.-Taunustor, Ernst Uhlig, FA Eschwege, Jürgen Unger, FA Gießen, Hans Jürgen Waag, FA Hanau, Ernst-Robert Wagner, FA Biedenkopf, Peter Weil, FA Ffm.-Taunustor, Michael Weiser, FA Gießen, Wolfgang Wenger, FA Ffm.-Taunustor, Jürgen Werner, FA Friedberg, Karl-Heinz Wiegand, FA Eschwege, Norbert Wolf, FA Weilburg, Walter Zügler, FA Kassel, Spohrstr. (sämtlich 1. 6. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Steueroberinspektoren (BaP) Erich Döring, FA Ffm.-Höchst (16. 4. 1974), Gerd Halberstadt FA Hofgeismar (4. 4. 1974), Lothar Zumpft, FA Gießen (2. 5. 1974);

die Steuerinspektorinnen (BaP) Irmgard Hick, FA Ffm.-Taunustor (1. 4. 1974), Elke Meißner, FA Bad Schwalbach (2. 5. 1974);

die Steuerinspektoren (BaP) Peter Berger, FA Wiesb., Herrngartenstr. (18. 4. 1974), Holger Hause, FA Ffm., Stiftstr. (6. 5. 1974), Elmar Schardt, FA Wiesb., Herrngartenstr. (16. 4. 1974);

die Steuerobersekretärin (BaP) Dorothee Arend, FA Friedberg (29. 4. 1974);

die Steuerobersekretäre (BaP) Klaus Haas, FA Gießen (16. 4. 1974), Bernd Kreckel, FA Wiesb., Mainzer Str. (16. 5. 1974), Jürgen Leisegang, FA Ffm., Stiftstr. (29. 4. 1974), Hermann Schweizer, FA Rüdeshheim (17. 5. 1974), Dieter Stark, FA Friedberg (2. 5. 1974);

Steuersekretärin (BaP) Annemie Zimmermann, FA Gießen (7. 5. 1974);

versetzt:

vom FA Bad Kreuznach Regierungsrat z. A. (BaP) Axel Burk, FA Friedberg (1. 4. 1974);

vom FA Berlin-Charlottenburg-West Steuerinspektorin (BaL) Karin Schulze, FA Ffm.-Höchst (1. 5. 1974);

zur Deutschen Bundesbank Frankfurt (M.) Regierungsrat z. A. (BaP) Jürgen Hettinger, FA Ffm.-Höchst (1. 6. 1974);

zum FA Neuenburg Steueranwärterin Andrea Knopf, FA Wetzlar (1. 6. 1974);

in den Ruhestand getreten:

die Obersteuerräte Hugo Burgert, FA Gießen, Fritz Horn, FA Dillenburg, Steuerhauptidekretär Emil Sokoliß, FA Wiesb., Mainzer Str. (sämtlich 31. 5. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Steuerrat Karl Rieß, FA Michelstadt (31. 5. 1974); gem. § 51 (1) HBG Steuerhauptidekretär Wilhelm Cohrs, FA Gießen, Steueramtmann Hans Diel, FA Limburg, die Steuerhauptidekretäre Walter Klöpfer, FA Wiesb., Mainzer Str., Eduard Metz, FA Homberg, Steuerobersekretär Alfred Schmidt FA Wetzlar, Steuerrat Hans Schütz, FA Ffm.-Höchst (sämtlich 31. 5. 1974) alle gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Steuerinspektorin z. A. Ruth John, FA Groß-Gerau (31. 5. 1974) gem. § 41 HBG.

Frankfurt/Main, 21. 6. 1974

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

St.Anz. 27/1974 S. 1205

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt:

zum **Oberstudienrat als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gr. A 15 eingestufteten Direktors einer Gesamtschule** Pädagogischer Leiter einer Gesamtschule (BaL) Volker Dip-

pel, Niestetal-Heiligenrode (20. 5. 1974);
zum **Studienrat (BaL)** Studienrat z. A. (BaP) Karl-Heinz Rother, Baunatal (6. 5. 1974);
zum **Realschullehrer (BaL)** Realschullehrer z. A. (BaP) Gerd Eßbach, Stadt Allendorf (6. 4. 1974);
zu **Lehrern/-innen (BaL)** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Roswitha Schick, Hilders (6. 5. 1974), Sabine Anselmann-Seydler, Kassel (2. 5. 1974), Brigitte Bergholter, Kassel (26. 4. 1974), Adolf Tabaka, Kassel (1. 2. 1974), Christine Schrod, Kassel (1. 2. 1974), Doris Emden-Weinert, Künzell (7. 5. 1974), Jutta Barchfeld, Baunatal 1 (30. 4. 1974), Ursula Jaene, Melsungen (8. 5. 1974), Theo Wolf, Wahlsburg (16. 5. 1974), Gertrud Bachmann, Grebenstein (16. 5. 1974), Waltraud Redler, Emstal (13. 5. 1974), Erich Schwarz, Fulda (21. 5. 1974), Ingeborg Weßler, Petersberg (17. 5. 1974), Wolfgang Gramm, Großenlüder (21. 5. 1974), Heinrich Heintzmann, Gemünden (29. 5. 1974), Josef Simon, Ringgau-Röhrda (27. 5. 1974), Helga Wedler, Wehretal 1, Dagmar Naumann, Wehretal, Paul Linkenbach, Wehretal, (sämtlich 21. 5. 1974), Gisela Müller, Künzell-Pilgerzell (30. 5. 1974), Karin Böhme, Waldeck (24. 5. 1974);
zur **Lehrerin** Lehrerin z. A. (BaP) Dörte Herrmann, Kassel (26. 4. 1974);
zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Christiane Lohse-Schreier, Felsberg (7. 5. 1974), Ilse Otter, Heimbildshausen (17. 5. 1974);
zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaL)** Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Peter Block, Marburg a. d. L. (27. 5. 1974);
zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer** Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Eva-Maria Herzig, Fulda (8. 5. 1974);
zu **Lehrerinnen z. A. (BaP)** Maria-Anna Lammers, Marburg a. d. L. (29. 4. 1974), Christel Wadzinski, Melsungen (7. 5. 1974);
zum **apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW)** Horst Otto, Frankenau (25. 4. 1974);
zur **apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW)** Eva Bachmann, Herleshausen (3. 5. 1974);
zum **Lehramtsreferendar (BaW)** Bernd Keller, Witzenhhausen (15. 5. 1974);
zur **Lehramtsreferendarin (BaW)** Gunhild Lange, Witzenhhausen (15. 5. 1974);
zu **Lehrern/-innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/-innen (BaW) Johannes Hunold, Petersberg (7. 5. 1974), Ronald Gutberlet, Willingen (3. 5. 1974), Heinzpeter Stöckl, Baunatal 1 (29. 4. 1974), Sigrid Weber, Baunatal 1 (7. 5. 1974), Angela Landgrebe, Großalmerode (14. 5. 1974), Lothar Meiß, Baunatal 4 (29. 4. 1974), Brunhild Hill, Kaufungen 1 (9. 5. 1974), Gerd Ludwig, Fuldaabrück (26. 4. 1974), Manfred Keil, Neuhaus (14. 5. 1974), Carmen Dupius, Vellmar 3 (26. 4. 1974), Reinhard Germann, Großenlüder (14. 5. 1974), Christiane Schwab, Wahlsburg (15. 5. 1974), Norbert Dietrich, Bad Hersfeld (17. 5. 1974), Heidrun Homayounfar, Großalmerode (16. 5. 1974), Tatjana Tarnowski, Niederwalgern (17. 5. 1974), Irmgard Störmer, Emstal (20. 5. 1974), Heinz-Werner Koch, Wahlsburg (20. 5. 1974);
zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW) Gernot Piring, Hünfeld (10. 5. 1974);
zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW) Sigrid Strasdeit, Schwalmstadt 2 (27. 5. 1974);

zu **Lehrern/-innen z. A. (BaP)** apl. Lehrer/-innen (BaW) Joachim Repp, Homberg (24. 5. 1974), Ruth Hagemann, Stadt Allendorf (25. 5. 1974), Heinz-Jürgen Hochbein, Emstal, Bettina Funke, Baunatal, Horstfried Szustak, Neustadt, Ute Bickel, Stadt Allendorf (sämtlich 27. 5. 1974), Hans Jung, Petersberg (2. 5. 1974), Gerhard Lindner, Bad Salzschlirf, Brigitte Neumann, Fulda, Ingrid Metzler, Ludwigsau (sämtlich 30. 5. 1974), Leo Fritschner, Hünfeld (29. 5. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Lehrerinnen (BaP) Elisabeth Wehner, Hilders (28. 5. 1974), Angelika Schwab, Petersberg, Christa Riek, Großsesselheim, Monika Bühner, Kirchhain-Niederwald (sämtlich 27. 5. 1974), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaP) Irmtraud Mönkeberg, Korbach (2. 5. 1974), Isolde Posch, Spangenberg (27. 4. 1974), Renate Kemnade, Großalmerode (9. 5. 1974), Ingrid Pliagas, Kassel (21. 5. 1974), der Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BP) Peter Hanka, Petersberg (28. 5. 1974);

versetzt:

von Baden-Württemberg die Lehrerin (BaL) Dorothea Zilg, Bürgeln, Lk Marburg (1. 3. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Realschullehrer Erwin Hahn, Marburg a. d. L. (1. 2. 1974), Lehrerin Ruth Trusheim, Marburg a. d. L. (1. 5. 1974);

entlassen:

Lehrerin z. A. Christa Görner, Stadt Allendorf (1. 6. 1974).

Kassel, 10. 6. 1974

Der Regierungspräsident

P 1 — 7 o 16 03 B

StAnz. 27/1974 S. 1205

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Gewerberäten (BaL)** die Gewerberäte z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Heinz Liebeskind, TUA Frankfurt M. (30. 4. 1974), Dipl.-Ing. Manfred Ebner, TUA Frankfurt M. (13. 5. 1974).

Darmstadt, 21. 6. 1974

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02 07 E

StAnz. 27/1974 S. 1206

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Techn. Amtsärztin Techn. Amtmann (BaL)** Gertrud Geilen, GAA Frankfurt M. (20. 5. 1974);

zum **Techn. Inspektoranzwärter (BaW)** Ing. grad. Udo Prinz, GAA Darmstadt (1. 5. 1974);

zum **Techn. Assistenten z. A. (BaP)** techn. Angestellter Dieter Keller, GAA Limburg (15. 5. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Obermedizinalrätin (BaL) Dr. Edith Litschel, Staatl. Medizinal-Untersuchungsamt Darmstadt (31. 5. 1974) gem. § 51 (3) HBG.

Darmstadt, 21. 6. 1974

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02 07 E

StAnz. 27/1974 S. 1206

863

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, vom 24. Juni 1974

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), sowie des § 6

Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, vom 14. Januar 1972 (StAnz. S. 248) wird wie folgt geändert:

1. §§ 3 und 4 werden in § 3 zusammengefaßt; er erhält folgende Fassung:

„§ 3

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
 2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
 3. Pflanzen oder Tiere einzubringen;
 4. das Gelände außerhalb der dafür zugelassenen Wege, Dämme oder Flächen zu betreten, zu befahren, dort zu lagern, zu baden, zu zelten oder Wohnwagen aufzustellen;
 5. zu lärmern oder Feuer anzuzünden;
 6. Flächen aufzuforsten oder Wiesen und Weiden in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;
 7. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen oder Sprengungen vorzunehmen oder Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258), zu beeinträchtigen;
 8. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen, das Gelände sonst zu verunreinigen oder Wasser zu entnehmen;
 9. Bauwerke aller Art zu errichten oder zu erweitern, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
 10. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten;
 11. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen, soweit diese nicht dem Schutz des Gebietes dienen;
 12. Biozide anzuwenden;
 13. Hunde frei laufen zu lassen;
 14. in der Zeit vom 1. November bis 31. März Wasserwild zu bejagen;
 15. Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen.“
2. § 5 wird gestrichen.
3. § 7 wird § 4 und erhält folgende Fassung:

„§ 4

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art ohne Umwandlung von Wald (Rodung, Ausstockung) oder Waldneuanlage im Sinne des §§ 8 oder 9 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 13. Mai 1970 (GVBl. I S. 344) sowie Nutzungsumwandlung von Wiesen oder Weiden;
2. die Ausübung der Jagd mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 14 genannten Einschränkungen;
3. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen, sofern dadurch das bestehende Ökosystem nicht beeinträchtigt wird.

(2) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperlingen sowie an Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt davon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).“

4. § 8 wird § 5 und erhält folgende Fassung:

„§ 5

(1) In begründeten Einzelfällen kann die oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen, befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Gegenstand der Bedingungen und Auflagen können Sicherheitsleistungen sein.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist zu versagen, wenn kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt oder trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.“

5. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6

(1) Die Eigentümer, Besitzer, Erbbau- oder Nutzungsberechtigten der Grundstücke und jeder, dem ein Recht an den Grundstücken zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).“

6. § 9 wird § 7 und erhält folgende Fassung:

„§ 7

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 1 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen oder Tiere einbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände in der in § 3 Abs. 2 Nr. 4 verbotenen Art benutzt;
5. lärmert oder Feuer anzündet (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
6. Flächen aufforstet oder Wiesen und Weiden in eine andere Nutzungsart umwandelt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
7. die Bodengestalt oder Gewässer in der in § 3 Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Art beeinflusst;
8. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt, das Gelände sonst verunreinigt oder Wasser entnimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
9. Bauwerke errichtet oder erweitert (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
10. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufstellt oder anbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
12. Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
14. Wasserwild bejagt (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
15. Kraftfahrzeuge wäscht und pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).“

7. § 10 wird § 8 und erhält folgende Fassung:

„§ 8

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 24. 6. 1974

**Der Regierungspräsident
höhere Naturschutzbehörde**
VII:9 — 46 d 04'01 B 2

gez. Dr. Wierscher

StAnz. 27/1974 S. 1206

861

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach

Die Firma Farbwerke Hoechst AG — Werk Offenbach —, 605 Offenbach/M., hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Umstellung der Hochtemperaturbeheizung der Polykondensationsanlage im Gebäude 234 und Gebäude 156 auf ihrem Grundstück in Offenbach (Main), Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 2. 10. 1974 bestimmt, und findet in 605 Offenbach, Stadthof 15, im Rathaus um 9.00 Uhr — Saal 4 — statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. 7. 1974, und endet am 8. 9. 1974.

Darmstadt, 10. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWO (26)

StAnz. 27/1974 S. 1208

865

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst — Werk Offenbach

Die Firma Farbwerke Hoechst AG hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Erweiterung des Betriebes ZP-Ost, Geb. 470, auf ihrem Grundstück in Offen-

bach, Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 10. 10. 1974 bestimmt, und findet im Stadthaus Offenbach, Saal 4, Zwischengeschloß, statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. Juli 1974, und endet am 8. September 1974.

Darmstadt, 11. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWO (9c)

StAnz. 27/1974 S. 1208

866

Vorhaben des Magistrats der Stadt Rüsselsheim

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zum Neubau einer Heizzentrale mit Müllverbrennungsanlage für das Stadtkrankenhaus Rüsselsheim (M.) auf ihrem Grundstück in Rüsselsheim (M.), Flur 12, Flurstück Nr. 20 2 und 935 3, Grundbuch Gemarkung Rüsselsheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 4. 10. 1974 bestimmt, und findet im Besprechungszimmer des Rathauses Rüsselsheim, Marktplatz 4, statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. Juli 1974, und endet am 8. September 1974.

Darmstadt, 11. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — R (4)

StAnz. 27/1974 S. 1208

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1974

MONTAG, 8. JULI 1974

Nr. 27

Veröffentlichungen

2438

Verlust eines Dienstsiegels

Bei der Hallgartenschule in Frankfurt am Main wurde das dort geführte Dienstsiegel entwendet. Das Siegel hat einen Durchmesser von 35 mm und zeigt das Hessische Landeswappen mit der Umschrift „Hallgartenschule der Stadt Frankfurt am Main Schule für Lernbehinderte“.

Das Siegel wird mit Wirkung vom 18. Mai 1974 für kraftlos erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt. Das Ersatzsiegel erhält unter dem Landeswappen die Zahl 1.

6000 Frankfurt/Main, 20. 6. 1974

Der Magistrat
der Stadt Frankfurt am Main
— Hauptamt — 10.42

Güterrechtsregister

2439

GR 527 — Neueintragung — 19. Juni 1974: Bezeichnung der Ehegatten: Eheleute Bauunternehmer Joachim Ludwig Stork und Lilli Elfriede geb. Bach in Dillenburg-Eibach.

Durch Vertrag vom 31. Oktober 1967 (UR.Nr. 377 67 des Notars Spang in Dillenburg) ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 19. 6. 1974 Amtsgericht

2440

GR 172 — Neueintragung: Fuhrunternehmer Hans Konrad Hoos und Erika Hoos geb. Neumann, wohnhaft in 3578 Schwalmstadt 1, Friedrich-Ebert-Str. 117.

Durch Vertrag vom 29. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

3578 Schwalmstadt 1, 26. 6. 1974

Amtsgericht

2441

GR 3443 — 4. 6. 1974: Sternberger, Walter, und Else geb. Weiß in Wiesbaden-Dotzheim.

Durch Ehevertrag vom 8. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3444 — 6. 6. 1974: Broer, Bernd, Mitinhaber einer Elektrofirma, und Angelika geb. Belohlawek, Hausfrau in Wiesbaden-Märchenland.

Durch Ehevertrag vom 25. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3445 — 12. 6. 1974: Christ, Dr. Bernhard und Petra Andrea geb. Köllner gesch. Bertelli in Wiesbaden.

Der Ehemann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

GR 3446 — 19. 6. 1974: Lange, Reinhold und Uta geb. Stolberg in Wiesbaden-Bierstadt.

Durch Ehevertrag vom 13. Mai 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3447 — 20. 6. 1974: Hess, Ferdinand und Lucie geb. Schlenzig in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 20. Mai 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3448 — 21. 6. 1974: Frankenbach, Christian, Kaufmann, und Lieselore geb. Koch, zahnärztliche Assistentin in Mainz-Kastel.

Durch Ehevertrag vom 2. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6200 Wiesbaden, 27. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 22

Vergleiche — Konkurse

2442

N 18/71: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bauelemente für Steuerungs- und Regeltechnik GmbH & Co. KG, Bad Vilbel, Homburger Straße 77, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Auslagen der Ausschußmitglieder sind auf 693,— DM, ihre Vergütung auf 750,— DM festgesetzt.

6368 Bad Vilbel, 20. 6. 1974 Amtsgericht

2443

34 VN 1/74 — Vergleichsverfahren: Nach Ablehnung des Antrages der Fa. Modern-Bauleistungsgesellschaft mbH, 6101 Lichtenberg, Lippmannweg 23, auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 17 Ziff. 1 VerglO, weil die Schuldnerin nicht innerhalb der ihr gemäß § 10 VerglO gesetzten Frist zur Nachholung der nach §§ 3—7 VerglO erforderlichen Antragsfordernissen entsprochen hat, ist die Eröffnung des Anschlußkonkurses mangels Masse abgelehnt worden. Das am 27. 3. 1974 gegen die Fa. Modern-Bauleistungsgesellschaft mbH erlassene allgemeine Veräußerungsverbot ist nach Ablehnung des Antrags auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und des Anschlußkonkurses mangels Masse aufgehoben worden.

6110 Dieburg, 20. 6. 1974 Amtsgericht

2444

81 N 32/74 — Beschluß: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 8. 4. 1972 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Wallstraße 22 wohnhaft gewesen Friseurmeisters Felix Günther Hugo Kämmerer wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben, § 163 KO.

6000 Frankfurt (Main), 18. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

2445

81 N 265/72 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der EGN Einkaufsgesellschaft des Nähmaschinenhandels mit beschränkter Haftung, 623 Ffm.-Nied, Bolongarostr. 26, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 30. Juli 1974, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt. Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergü-

tung: 18 000,— DM zuzüglich 5,5% Ausgleich nach § 4 Abs. 5 der Vergütungsverordnung; Auslagen: 1903,76 DM.

6000 Frankfurt am Main, 19. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

2446

81 N 556/73 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma EBCO, Ebener & Cohrs KG, 6 Frankfurt (Main), Rödelheimer Landstr. Nr. 96, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 26. Juli 1974, 9.15 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. Nr. 2, Saal 137, I. Stock, Bau B, anberaumt.

6000 Frankfurt am Main, 21. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

2447

81 N 66/74 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der OHG in Firma Peter Schumann & Co., 6 Frankfurt (Main), Niddastr. 66—68, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 26. Juli 1974, 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Saal 137, Geb. B, I. Stock, anberaumt.

6000 Frankfurt am Main, 24. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

2448

81 N 118/74: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 2. 2. 1974 in Frankfurt/Main, Odenwaldstr. 5, verstorbenen Heinrich Kreuzberger soll Schlußverteilung vorgenommen werden. Die verfügbare Masse beträgt 18 515,31 DM, von der noch die Masseverbindlichkeiten abgehen.

Zu berücksichtigen sind Forderungen der Klasse I mit 59 135,67 DM und Forderungen nach § 61,6 KO mit 9745,24 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Konkursgericht, auf.

6000 Frankfurt am Main, 26. 6. 1974

Der Konkursverwalter:

Dipl.-Kfm. Erwin Lauber
Steuerberater

2449

5 N 12/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Textilkaufmanns Rolf Eduard Brammer, Inhaber der nicht in das Handelsregister eingetragenen Firma Eduard Brammer in Fulda, Rhönstraße 20, wird heute, am 24. Juni 1974, 14.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Diplom-Volkswirt Werner Heid, Vor dem Peterstor 18, Konkursforderungen sind bis zum 31. 7. 1974 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 18. 7. 1974, 9.30 Uhr; Prüfungstermin: 15. 8. 1974, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Fulda, II. Stock, Zimmer Nr. 210. Offener Arrest mit Anzeigepflicht: 10. 7. 1974. Die Sicherungsmaßnahmen gem. Beschluß vom 6. 6. 74 nach § 106 KO bleiben bestehen.

6400 Fulda, 24. 6. 1974 Amtsgericht

2450

2 VN 374 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des **Bauunternehmers Wilhelm Fritz**, 6082 Mörfelden, Weingartenstraße 10, ist heute, am 21. 6. 1974, 11.15 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, 61 Darmstadt, Hängelstraße 47. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag: 18. 7. 1974, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Oppenheimer Straße 4.

Allgemeines Veräußerungsverbot ist erlassen.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6080 Groß-Gerau, 21. 6. 1974 Amtsgericht

2451

2 N 1874 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Einzelkaufmanns **Walter Berhalk**, 6081 Stockstadt/Rhein, Bahnstr. Nr. 6-8, Inhaber der Firma **Baumarkt Berhalk**, 6081 Stockstadt, ist am 18. 6. 1974, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Seipel, 61 Darmstadt, Adelungstr. 16, ab 1. 7. 1974: Rheinstr. 327.

Erste Gläubigerversammlung: 1. 8. 1974, 9.00 Uhr; Prüfungstermin: 12. 9. 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Groß-Gerau, Oppenheimer Straße 4. 1. Stock, Sitzungssaal. Offener Arrest ist erlassen. Anzeigepflicht: 15. 8. 1974.

6080 Groß-Gerau, 19. 6. 1974 Amtsgericht

2452

41 N 2169: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **ELEKTRODAT Gesellschaft für elektronische Datenverarbeitung mbH, Hanau**, vor der Kinzigbrücke 2, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6450 Hanau, 21. 6. 1974 Amtsgericht, Abt. 42

2453

42 N 6574 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Lossberger**, z. Z. wohnhaft 5753 Saalbach, Hausnummer 189, Österreich; Inhaber der Firma **Wilhelm Lossberger und Firma Rolladen-Eckert**, beide 6450 Hanau, Herrnstraße 17-19, wird heute, am 27. 6. 1974, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Steuerbevollmächtigter **Erich Reimann**, 6450 Hanau, Salisweg Nr. 74. Konkursforderungen sind bis zum 14. August 1974 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 15. August 1974, 14.00 Uhr; und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 11. September 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Gebäude A, Nußallee 17, Zimmer 18. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. August 1974 anzeigen.

6450 Hanau, 27. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

2454

65 N 79/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Wolfram Staupe**, Baustahlarmierungen, Lohfelden, Friedrich-Ebert-Straße 31, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 18. September 1974, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Zimmer 106, bestimmt.

3500 Kassel, 14. 6. 1974 Amtsgericht, Abt. 65

2455

65 N 105/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Bein & Co. KG**, Kassel, Wolfsschlucht 6½ (HRA 7920), vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Gerhard Bein**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 25. September 1974, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Zimmer 106, bestimmt.

3500 Kassel, 14. 6. 1974 Amtsgericht, Abt. 65

2456

65 (50) N 1572 — Konkursverfahren: Das am 19. 5. 1972 über das Vermögen des Kaufmanns **Ewald Henkel** in Kassel, Miramstraße 50, eröffnete Konkursverfahren ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt worden.

3500 Kassel, 19. 6. 1974 Amtsgericht, Abt. 64

2457

9 N 53 : 5473 — Beschluß: Das am 30. 8. 1973 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen

a) der Firma **Blümer GmbH & Co. Erd- und Tiefbau KG** in Schwalbach Taunus, Ostpreußenstraße 16,

b) der Firma **Blümer GmbH in Schwalbach-Taunus** (persönlich haftender Gesellschafter zu a),

wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1300,— DM, seine Auslagen auf 188,70 DM festgesetzt.

6240 Königstein/Ts., 1. 7. 1974 Amtsgericht

2458

9 N 774 — Beschluß: Das am 9. Mai 1974 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Harri und Krimhilde Müller OHG**, Kürschnerwerkstätte in 6245 Rosser/Taunus 1, Borngasse 16, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt.

6240 Königstein/Ts., 25. 6. 1974 Amtsgericht

2459

7 N 1574 — Nachlaßkonkursverfahren: Über den Nachlaß des Kaufmanns **Karl Schlitt**, verstorben am 19. 4. 1974, zuletzt wohnhaft in Marburg/Lahn, Gisselberger Straße 31, wird heute, am 27. Juni 1974, 9.00 Uhr, Nachlaßkonkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Dietrich Krause**, Marburg/Lahn, Am Krappen Nr. 34.

Konkursforderungen sind bis zum 20. September 1974 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 1. August 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 24. Oktober 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Marburg (Lahn), Universitätsstr. 48, I. Stock, Zimmer 157.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Juli 1974 ist angeordnet.

3550 Marburg (Lahn), 27. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 7

2460

VN 174 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des **Maschinenbauers Günter Knosp**, Inhaber eines Betriebes zur Herstellung von Schaltschrank-Leergehäusen, 6451 Klein-Krotzenburg, Leipziger Straße 14, ist am 28. Juni 1974, 12.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsbeistand **Horst Muntermann**, 6112 Groß-Zimmern, Wilhelm-Liebkecht-Straße 28 (Tel.: 06071/414 01).

Vergleichstermin: am Montag, 29. Juli 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Zimmer 1.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen — und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen — sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Die gem. § 12 VerglO angeordneten Verfügungsbeschränkungen gelten fort.

6453 Seligenstadt, 28. 6. 1974 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im Geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2461

2 K 5572 — 2 K 4273: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Heegheim, Band 8, Blatt 295, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heegheim, Flur 3, Flurstück 88-2, Hof- und Gebäudefläche, Die Himmelslache, Größe 5,64 Ar,

soil am Montag, dem 14. Oktober 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 2. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): **Landarbeiter Helmut Otto Schreiter, Heegheim**.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 700,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 24. 6. 1974 Amtsgericht

2462

61 K 1874: Das im Grundbuch von Welterstadt, Band 113, Blatt 4491, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Weiterstadt, Flur Nr. 13, Flurstück 509, Bauplatz, Mainzer Straße, Größe 38,59 Ar,

soll am 18. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Erdgeschoß, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): BLK Wohnungsbau GmbH KG in Viernheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 21. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

2463

5 K 2/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Ellershausen, Band 14, Blatt 459, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ellershausen, Flur Nr. 6, Flurstück 69, Hof- u. Gebäudefläche, Hofraum, Im Dorf Nr. 37, Größe 2,05 Ar, soll am 11. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße Nr. 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Walter Lux und Martha Lux geb. Backhaus in Frankenu-Ellershausen — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 30. Juli 1973 auf 23 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg-Edler, 19. 6. 1974

Amtsgericht

2464

84 K 96 und 116 73 — **Zwangsvolle Versteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt/M., Bezirk 20, Band 43, Blatt 1592, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 305, Flurstück 38, Hof- und Gebäudefläche, Sömmerringstraße 14, Größe 2,65 Ar,

am Donnerstag, dem 21. November 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt/Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 10. 1973 (Versteigerungsvermerk): Kaufmann Gerhard Borgmann in Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 415 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt/Main, 10. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 84

2465

84 K 90 73 — **Berichtigung:** Bei der im StAnz. Nr. 20/74 S. 1035 v. 3. 6. 1974 erfolgten Veröffentlichung muß es richtig heißen: „Hof- und Gebäudefläche, Silostr. 52, Größe 17,25 Ar.“

6000 Frankfurt/Main, 24. 6. 1974

Anzeigenabteilung

2466

K 80/73: Die im Grundbuch von Ober-Rosbach, Band 37, Blatt 2228, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 4, Flurstück 34, Ackerland, An der Leimenkaut, Größe 21,44 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Ober-Rosbach, Flur 15, Flurstück 143, Ackerland (Obst-

baumstück), Auf dem Heustück, Größe 4,80 Ar,

sollen am Freitag, dem 25. Oktober 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer 32, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 12. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Weißbinder Edgar Weyand, Bad Homburg v. d. H., zu 1/2,

b) dessen Ehefrau Elke Weyand geb. Detlmar, daselbst, zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG nicht festgesetzt worden, da es sich um eine Versteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft handelt und die Eigentumsanteile nicht ungleichmäßig belastet sind.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg, 13. 5. 1974

Amtsgericht

2467

K 93/73: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Berstadt, Band 31, Blatt 1454, eingetragenen Grundstücks

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Berstadt, Flur 1, Flurstück 416, Gartenland, Die Mühlgärten, Größe 2,09 Ar,

soll am Freitag, 23. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/Hessen, Homburger Straße Nr. 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer dieser Hälfte am 11. Januar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbindermeister Werner Luft, Berstadt.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 261,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/Hessen, 31. 5. 1974

Amtsgericht

2468

K 34/72: Das im Grundbuch von Hartenrod, Band 3, Blatt 87, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hartenrod, Flurstück 163, Hof- und Gebäudefläche, In der Hofwiese, Größe 5,53 Ar,

soll am 10. Oktober 1974, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Straße 15, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. November 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maler Edwin Pfenning, Wald-Michelbach, jetzt Hartenrod,

b) dessen Ehefrau Hildegard Pfenning geb. Jöst, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 133 295,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 19. 6. 1974

Amtsgericht

2469

42 K 104/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rüdighheim, Band 32, Blatt 1296, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rüdighheim, Flur Nr. 12, Flurstück 296, Hof- und Gebäudefläche, am Möllerborn 3, Größe 10,48 Ar,

am 28. 8. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, wieder versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 4. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Wolfgang Ahls in Rüdighheim, — Ersterherin seit 26. 9. 1973 auf Grund des Zuschlagsbeschlusses des Amtsgerichts Hanau; Christiane Kolessa, Neuberg 2, am Möllerborn 3.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,—

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 20. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

2470

42 K 110/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Niederdorfelden, Band 45, Blatt 1573, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Niederdorfelden, Flur 3, Flurstück 389/175, Hof- und Gebäudefläche, Schäfergasse 7, Größe 2,18 Ar,

am 10. 9. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Schreiner Robert Sirsch,
2. dessen Ehefrau Rosine Kunigunde geb. Krieg,

beide in Niederdorfelden — zu je 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 72 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 21. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

2471

42 K 77/72: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rüdighheim, Band 45, Blatt 1301, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rüdighheim, Flur 1, Flurstück 61, Hof- und Gebäudefläche, John-F.-Kennedy-Straße 4, Größe 11,55 Ar,

am 27. 8. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 10. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anna Maria Katharina Raab in Erlensee.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 6. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

2472

2 K 11/73: Das im Grundbuch von Weilbach, Band 31, Blatt 1160, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Weilbach, Flur 36, Flurstück 9/2, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Eddersheimer Weg, Größe 50,05 Ar,

soll am 26. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim/M., Kirchstraße 21, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 12. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Heribert Krenn in Eddersheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim/Main, 26. 6. 1974

Amtsgericht

2473

64 K 102 73: Das im Grundbuch von Wickenrode, Band 58, Blatt 1991, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1: Gemarkung Wickenrode, Flur Nr. 12, Flurstück 168, Ackerland, Im Hingenhof, Größe 4,82 Ar,

soll am 20. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 143 (Saalbau), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrzeugschlosser Volker Traube in Helsa-Wickenrode.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 20. 6. 1974 **Amtsgericht**

2474

7 K 2 74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bürstadt, Band 36, Blatt 2487, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Bürstadt, Flur 21, Flurstück 270, Hof- u. Gebäudefläche, Sophienstr. 11, Größe 4,88 Ar,

soll am Mittwoch, 11. 9. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Zimmer Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 a) Elisabeth Stöckel geb. Koch in Hofheim,

b) Justizangestellter Werner Alfred Koch in Bürstadt,

c) Katharina Weitz geb. Hartmann in Bürstadt,

zu a) bis c) in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 82 440,— Deutsche Mark. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 14. 5. 1974 **Amtsgericht**

2475

7 K 4 74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lampertheim, Band 145, Blatt Nr. 6680, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 9, Flurstück 489/3, Hof- u. Gebäudefläche, Daimlerstr. 9 — $\frac{1}{3}$ Eigentumsanteil hiervon —

soll am Mittwoch, 25. 9. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 2. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Helene Kaufmann geb. Wiek, Lampertheim, zu $\frac{1}{3}$. Dieter Peter Kaufmann, Lampertheim, zu $\frac{1}{3}$.

Der Wert des Grundstücksanteils wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 666,— DM. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 14. 5. 1974 **Amtsgericht**

2476

7 K 6 74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lampertheim, Band 180, Blatt 7704, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 14, Gemarkung Lampertheim, Flur 3, Flurstück 108/21, Hof- u. Gebäudefläche, Schwalbenstr. 26, Größe 36,51 Ar, 40/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück.

soll am Mittwoch, 2. 10. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 2. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Friedel Wegerle, Baumöbelschreiner, Lampertheim zu $\frac{1}{2}$,

b) dessen Ehefrau Gisela geb. Lechert, daselbst zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Miteigentumsanteils wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 64 000,— DM. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 14. 5. 1974 **Amtsgericht**

2477

7 K 31/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Camberg, Band 42, Blatt 1455 A, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Camberg, Flur 29, Flurstück 66/15, Hof- und Gebäudefläche, Weisserdstraße, Größe 6,85 Ar,

soll am 30. Oktober 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14, Zimmer 14, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Dezember 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe Anna Geisler geb. Nell in Camberg zu $\frac{1}{2}$,

Postoberschaffner Kurt Marquardt in Camberg zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg, 11. 6. 1974 **Amtsgericht**

2478

K 25 73 — **Zwangsvolleistellung:** Die im Grundbuch von Pfieffe, Band 16, Blatt 501, eingetragenen Grundstücke, belegen in der Gemarkung Pfieffe,

Ifd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 82 17, Hof- und Gebäudefläche, Kleiner Mühlberg, Haus Nr. 81, Größe 2,25 Ar,

Ifd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 83 17, Ackerland, Kleiner Mühlberg, Größe 2,26 Ar,

sollen am 13. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Melsungen, Kasseler Straße 29, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 2. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Technischer Kaufmann Rudi Bayer in Spangenberg-Pfieffe.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 87 130,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 6. 6. 1974 **Amtsgericht**

2479

K 3 72: Das im Grundbuch von Hohenzell, Band 21, Blatt 767, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hohenzell, Flur G, Flurstück 1/31, Hof- und Gebäudefläche, Im Bergwinkel 5, Größe 7,00 Ar,

soll am 19. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Mechaniker Karl Ziegler, 6481 Bad Soden-Ahl

b) Hausfrau Renate Ziegler geb. Kirchhof, Schlüchtern-Hohenzell zu je $\frac{1}{2}$ Anteil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 94 962,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 24. 6. 1974 **Amtsgericht**

2480

2 K 34 73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Niederreifenberg, Band 21, Blatt 713, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Niederreifenberg, Flur 7, Flurstück 58 2, Grünland, Am Königsteiner Weg, Größe 13,82 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usia-Weilburger Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Sept. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Friedrich Morschel, Diplom-Kaufmann, Essen, jetzt Heiligenhaus.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 363,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen/Ts., 14. 6. 1974 **Amtsgericht**

2481

2 K 4 74: Das im Grundbuch von Hasselbach, Band 13, Blatt 368, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hasselbach, Flur 1, Flurstück 68 55, Hof- und Gebäudefläche, Bangertstraße 10, Größe 5,98 Ar,

soll am 13. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstr. 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Arthur Ast und Herta geb. May in Usingen zu je $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 18. 6. 1974 **Amtsgericht**

2482

3 K 99 73 — **Berichtigung aus StAnz.** Nr. 24 v. 17. 6. 1974 S. 1106: Ifd. Nr. 2241: Die im Grundbuch von c) Fellingshausen, Band 30, Blatt 1141, eingetragenen Grundstücke werden wie folgt **berichtigend** veröffentlicht

Ifd. Nr. 18, Gemarkung Fellingshausen, Flur 6, Flurstück 79 2, Grünland, Im Bakkenborn, Größe 4,58 Ar,

Ifd. Nr. 19, Gemarkung Fellingshausen, Flur 6, Flurstück 79 3, Grünland, im Bakkenborn, Größe 12,04 Ar.

6330 Wetzlar, 21. 6. 1974

Anzeigenabteilung

2483

3 K 58 73: Das im Grundbuch von Edingen, Band 23, Blatt 961, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Edingen, Flur 2, Flurstück 128/1, Hof- und Gebäudefläche, Maisbach, Größe 16,33 Ar,

soll am 11. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Ignazio Russo und Edith geb. Hofmann, zu je $\frac{1}{2}$.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 10. Mai 1974 gegenüber allen Beteiligten des Verfahrens auf 85 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 20. 6. 1974 **Amtsgericht**

2484

61 K 52/73 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Dotzheim, Band 147, Blatt 3811, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Dotzheim

lfd. Nr. 18, Flur 8, Flurstück 1050, Ackerland Im alten Schwaben 2. Gewinn, Größe 1,16 Ar, Verkehrswert 290,— DM,

lfd. Nr. 28, Flur 8, Flurstück 1070, Ackerland Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 1,72 Ar, 4820,— DM,

lfd. Nr. 32, Flur 8, Flurstück 1055/1, Gartenland Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 11,21 Ar, Verkehrswert 29 080,— DM,

lfd. Nr. 40, Flur 8, Flurstück 1045/1, Gartenland Im alten Schwaben 2. Gewinn, Größe 11,15 Ar, Verkehrswert 2790,— DM,

lfd. Nr. 42, Flur 8, Flurstück 1064/1, Gartenland Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 9,42 Ar, Verkehrswert 26 380,— DM,

lfd. Nr. 43, Flur 8, Flurstück 1067, Wiese Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 2,14 Ar, Verkehrswert 5990,— DM,

lfd. Nr. 44, Flur 8, Flurstück 1068, Wiese Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 2,14 Ar, Verkehrswert 5990,— DM,

lfd. Nr. 45, Flur 8, Flurstück 1079, Ackerland Im alten Schwaben 4. Gewinn, Größe 2,62 Ar, Verkehrswert 7340,— DM,

lfd. Nr. 46, Flur 8, Flurstück 1090, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 1,77 Ar, Verkehrswert 4960,— DM,

lfd. Nr. 47, Flur 8, Flurstück 1098, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe

2,89 Ar, Verkehrswert 8090,— DM, lfd. Nr. 48, Flur 8, Flurstück 1091, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 1,79 Ar, Verkehrswert 5010,— DM,

lfd. Nr. 49, Flur 8, Flurstück 1094, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 1,17 Ar, Verkehrswert 3280,— DM,

lfd. Nr. 50, Flur 8, Flurstück 1099, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,89 Ar, Verkehrswert 8090,— DM,

lfd. Nr. 51, Flur 8, Flurstück 1100, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,90 Ar, Verkehrswert 8120,— DM,

lfd. Nr. 52, Flur 8, Flurstück 1092, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,32 Ar, Verkehrswert 6500,— DM,

lfd. Nr. 53, Flur 8, Flurstück 1093, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 1,17 Ar, Verkehrswert 3280,— DM,

lfd. Nr. 54, Flur 8, Flurstück 1095, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,28 Ar, Verkehrswert 6380,— DM,

lfd. Nr. 55, Flur 8, Flurstück 1096, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,26 Ar, Verkehrswert 6330,— DM,

lfd. Nr. 56, Flur 8, Flurstück 1097, Ackerland Im alten Schwaben 5. Gewinn, Größe 2,89 Ar, Verkehrswert 8090,— DM,

lfd. Nr. 57, Flur 8, Flurstück 25/1098, Ackerland Im alten Schwaben 4. Gewinn, Größe 5,92 Ar, Verkehrswert 16 580,— DM,

lfd. Nr. 58, Flur 8, Flurstück 1076, Wiese Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 1,99 Ar, Verkehrswert 5570,— DM,

lfd. Nr. 59, Flur 8, Flurstück 1075, Wiese Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 1,99 Ar, Verkehrswert 5570,— DM,

lfd. Nr. 60, Flur 8, Flurstück 1077, Wiese, Im alten Schwaben 3. Gewinn, Größe 1,75

Ar, Verkehrswert 4900,— DM, zus.: Verkehrswert 183 430,— DM,

sollen am 27. August 1974, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. November 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gärtnererebesitzer Georg Krauss III in Wiesbaden-Erbenheim.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 28. 3. 1974 **Amtsgericht**

2485

1 K 34/73: Das im Grundbuch von Rommerode, Band 25, Blatt 812, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rommerode, Flur Nr. 2, Flurstück 7/19, Hof- und Gebäudefläche, Lappenrain, Größe 10,77 Ar,

soll am 26. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Arbeiter Heinz Noll,
b) Ehefrau Rosa Noll geb. Scholz in Rommerode — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 100 285,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 25. 6. 1974 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

2486

Haushaltssatzung und öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Frankfurt am Main für das Rechnungsjahr 1974

I. Haushaltssatzung

Auf Grund des § 22 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. 9. 1969 (GVBl. Nr. 32/69, Teil I — S. 304) in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. 7. 1960, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. 11. 1973 (GVBl. I S. 423) und der Satzung des KGRZ Frankfurt am Main vom 28. 1. 1970, hat der Verwaltungsrat des KGRZ Frankfurt am Main am 25. 9. 1973 folgende Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1974 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1974 wird festgesetzt

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	12 895 700,— DM
in der Ausgabe auf	12 851 000,— DM

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	300,— DM
in der Ausgabe auf	45 000,— DM

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Es gilt der vom Verwaltungsrat am 25. 9. 1973 beschlossene Stellenplan.

6000 Frankfurt am Main, 24. 6. 1974

Kommunales Gebietsrechenzentrum

Göbel

Direktor

II. Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung

1. Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1974 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Sie wurde von der Hessischen Landesregierung in ihrer Sitzung am 18. 3. 1974 gemäß den §§ 22 und 23 des Datenverarbeitungsgesetzes vom 16. 12. 1969 mit verschiedenen Maßgaben genehmigt.
2. Der Haushaltsplan sowie die Genehmigung der Hessischen Landesregierung mit sämtlichen Maßgaben liegen gem. § 97 Abs. 5 HGO zur Einsichtnahme vom 15. 7. 1974 bis 19. 7. 1974 und vom 22. 7. 1974 bis 23. 7. 1974 jeweils von 7.00 bis 15.30 Uhr in Frankfurt am Main, Lyoner Straße 28 (Empfang), öffentlich aus.

6000 Frankfurt a. M., 24. 6. 1974

Kommunales Gebietsrechenzentrum

Göbel

Direktor

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1973

Passivseite

	DM	DM
1. Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	DM 1 284 988 403,57	
ab) sonstige	DM 1 032 588 493,41	
		2 317 576 896,98
b) andere Einlagen (Verbindlichkeiten)		
ba) täglich fällig	DM 341 096 283,39	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
bbaj) weniger als drei Monaten	DM 97 860 189,23	
bbbj) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	DM 110 945 125,11	
bbck) vier Jahren oder länger	DM 226 896 440,18	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 137 892 949,18	
		776 798 037,91
		3 094 374 934,89
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig		24 977 951,28
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) weniger als drei Monaten	DM 283 958 669,16	
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	DM 430 004 465,64	
bc) vier Jahren oder länger	DM 115 161 352,48	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 50 960 576,67	
gegenüber den eigenen Girozentralen	DM 151 526 831,29	
		829 124 487,28
		854 102 438,56
3. Schuldverschreibungen		
mit einer Laufzeit von vier Jahren oder länger		
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 50 000 000,—	
		50 000 000,—
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		—,—
5. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		30 618 705,58
6. Rückstellungen		
a) Pensionsrückstellungen	35 467 244,—	
b) andere Rückstellungen	3 042 637,20	
		38 509 881,20
7. Wertberichtigungen		
a) Einzelwertberichtigungen	—,—	
b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigungen	9 887 300,—	
		9 887 300,—
8. Sonstige Verbindlichkeiten		9 887 300,—
9. Rechnungsabgrenzungsposten		58 868,81
10. Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—
11. Rücklagen nach § 10 KWG		
a) Sicherheitsrücklage	100 990 291,27	
b) andere Rücklagen	—,—	
		100 990 291,27
12. Bilanzgewinn		—,—
		4 201 458 753,43
	Summe der Passiven	
		4 201 458 753,43
13. Eigene Ziehungen im Umlauf		—,—
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet	DM —,—	
14. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln		20 484 630,67
15. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen		42 101 148,48
16. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite ausgewiesen sind		338 433 340,26
17. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—,—
18. Sparprämien nach dem Spar-Prämiengesetz		32 953 601,92

für das Jahr 1973

Erträge

	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		343 122 465,35
2. Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	31 135 622,99	
b) anderen Wertpapieren	—,—	
c) Beteiligungen	905 479,—	
		32 041 101,99
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		4 857 839,02
4. Andere Erträge		2 365 726,65
5. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		1 243 877,—
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		495 949,—
7. Jahresfehlbetrag		—,—
	Summe	384 127 959,01

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

TREUARBEIT

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Scholz
Wirtschaftsprüfer

Dr. Meyer
Wirtschaftsprüfer

Hessische Landesbank - Girozentrale - Frankfurt (Main)

2488

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1973

PASSIVSEITE

AKTIVSEITE

	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1. Kassenbestand						
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank						
3. Postcheckguthaben						
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere						
5. Wechsel						
darunter: a) bundesbankfähig DM 120 943 462,53 b) eigene Ziehungen DM 2 182 044,53						
6. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig						
b) mit vereinbarter Laufzeit						
oder Kündigungsfrist von						
ba) weniger als drei Monaten						
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren						
bc) vier Jahren oder länger						
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen						
a) des Bundes und der Länder						
b) sonstige						
8. Anleihen und Schuldverschreibungen						
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren						
aa) des Bundes und der Länder						
ab) von Kreditinstituten						
ac) sonstige						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 18 558 954,33						
wie Anlagevermögen DM 27 494 316,83						
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren						
ba) des Bundes und der Länder						
bb) von Kreditinstituten						
bc) sonstige						
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 1 312 437 017,20						
wie Anlagevermögen DM 769 390 019,26						
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind						
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile						
darunter: wie Anlagevermögen DM 24 137 398,03						
b) sonstige Wertpapiere						
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder berechtigten Gesellschaft ohne Beteiligungen DM						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von						
ba) weniger als drei Monaten						
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren						
bc) vier Jahren oder länger						
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 554 255 380,95						
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite						
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern						
a) täglich fällig						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von						
ba) weniger als drei Monaten						
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren						
bc) vier Jahren oder länger						
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 472 607 761,68						
c) Spareinlagen						
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist						
cb) sonstige						
3. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf						
4. Begebene Schuldverschreibungen						
a) Pfandbriefe						
darunter: Namenspfandbriefe DM 84 006 000,--						
b) Kommunalschuldverschreibungen						
darunter: Namenskommunalschuldverschreibungen DM 183 530 600,--						
c) sonstige Schuldverschreibungen						
darunter: Namensschuldverschreibungen DM 20 750 000,--						
d) verlorste und gekündigte Stücke						
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig oder zurückzunehmen DM 5 448 316 456,--						
ferner: zur Sicherstellung eingegangener Verbindlichkeiten an die Gläubiger ausgehängte Namenspfandbriefe DM 1 022 700,--						
Namenskommunalschuldverschreibungen DM 259 283 583,73						
und sonstige Namensschuldverschreibungen DM						
5. Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen						
6. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger						
a) anteilige Zinsen						
b) fällige Zinsen einschl. der am 2. Januar 1974 fällig werdenden						

3 028 357 074,35

Übertrag:

Übertrag:

27 141 983 023,03

Gewinn- und Verlustrechnung der HESSISCHEN LANDESBANK — GIROZENTRALE — Frankfurt (Main)
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1973

	DM	DM	DM
AUFWENDUNGEN			ERTRÄGE
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	1 881 124 674,99		1 963 091 336,02
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	1 205 911,84		
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	104 578 481,77		
4. Gehälter und Löhne	56 893 897,94	92 747 740,56	
5. Soziale Abgaben	6 171 634,77	2 414 191,25	102 131 786,70
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	8 110 078,01	6 969 854,89	
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft	32 273 167,44		40 494 645,30
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	4 922 362,16		438 434 812,35
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	142 163 318,42		1 188 891,45
10. Steuern	9 654 275,77		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	1 381 403,16		
b) sonstige	8 272 872,61		
11. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	---		
12. Sonstige Aufwendungen	286 852 265,55		
12A. Aufwendungen der Bausparkasse	223 156 272,68		
darunter: nicht kompensierte Verrechnungen mit der Bankabteilung DM 43 482 609,11			
13. Jahresüberschuss	---		
darunter: Bausparkasse DM ---			
Summe	2 768 487 744,50	Summe	2 768 487 744,50
			223 156 272,68

Frankfurt (Main), den 14. Juni 1974



Der Vorstand

Bröker	Dr. Lang
Claus	Häusler
Dr. Quitzau	Reuther
Lepina	Schade

Landesbausparkasse Hessen - Frankfurt (Main)

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1973 — in der Bilanz der Gesamtbank enthalten —

AKTIVSEITE

	DM
1. Postcheckguthaben	933 477,15
2. Guthaben bei der Landesbank, öffentlichen Sparkassen und fremden Girozentralen	683 030 211,25
3. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	—
4. Kassenobligationen	86 459 238,63
5. Wertpapiere	—
6. Ausleih- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	—
a) Ausgleichsforderungen	1 689 472,51
b) Deckungsforderungen	40 597,03
7. Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	1 730 069,54
8. Bauspardarlehen (noch nicht ausgezahlte Bauspardarlehen DM 252 987 896,48)	366 643 931,85
9. Sonstige Darlehen	1 049 906 702,53
10. Sonstige Forderungen	559 936 687,07
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	35 814 310,98
12. Rechnungsabgrenzungsposten	894 000,—
	1 865 034,29
Summe der Aktiven	2 787 213 663,29

Summe der Aktiven

PASSIVSEITE

	DM
1. Spareinlagen	1 885 875 562,76
a) der nicht zugeteilten Bausparer	45 847 747,02
b) der zugeteilten Bausparer	—
2. Leihgeld	—
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1 931 723 309,80
4. Rücklagen	723 939 801,76
5. Rückstellungen	7 888 544,76
6. Rechnungsabgrenzungsposten	87 000 000,—
	24 543 806,97
	12 118 200,—
Summe der Passiven	2 787 213 663,29
7. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	35 079 591,18

Summe der Passiven

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1973 — in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesamtbank enthalten —

AUFWENDUNGEN

	DM
1. Zinsen	49 069 334,98
a) Spareinlagen	78 270 556,85
b) sonstige	—
2. Verwaltungsaufwand	22 256 432,14
a) persönlicher	9 827 639,05
b) sächlicher	—
3. Aufwand des Neugeschäfts	—
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen	—
5. Sonstige Aufwendungen	3 028 077,32
6. Außerordentliche Aufwendungen	176 943,31
Summe	223 156 272,68

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Frankfurt am Main, den 18. Juni 1974

TREUARBEIT

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Dr. Meyer)
Wirtschaftsprüfer

(Dr. Scholz)
Wirtschaftsprüfer



HESSISCHE LANDESBANK

Girozentrale

Der Vorstand

Dr. Lang
Schade

Bröker
Lepine

Claus
Dr. Quitzau

Häusler
Reuher

ERTRÄGE

	DM
1. Zinsen und Beiträge	49 474 986,80
a) Zinsen aus Bauspardarlehen	150 611 342,06
b) sonstige Zinsen	—
2. Gebühren	16 747 241,07
a) Abschlußgebühren	5 510 372,17
b) sonstige	—
3. Sonstige Erträge	22 257 613,24
4. Außerordentliche Erträge	115 126,03
	697 204,55
Summe	223 156 272,68

Frankfurt (Main), den 14. Juni 1974

**Wirtschaften
für alle –
auch 1973
haben
wir danach
gehandelt.**

17 662 800 000 DM	Bilanzsumme
646 700 000 DM	Eigene Mittel
8 445 900 000 DM	Ausleihungen

**Bank für
Gemeinwirtschaft
6 Frankfurt (Main)
Mainzer
Landstraße 16–24
BfG**

2489

Vorhaben der Firma Rhein-Mainische AG für Siedlungs- und Wohnungsbau, Frankfurt/Main

Die Firma Rhein-Mainische AG für Siedlungs- und Wohnungsbau, Frankfurt a. M., Rebstöcker Straße 33—39, hat Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Feuerungsanlage über 800 000 kcal/h auf ihrem Grundstück in Frankfurt am Main, Wilhelm-Busch-Straße 2—6/Eschersheimer Landstraße 429—437/Hügelstraße Nr. 115—141, Flur 8, Flurstück 389/2, Grundbuch Gemarkung Frankfurt a. M. — Ginnheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß der §§ 4 ff. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Etwaige Einwendungen können innerhalb von zwei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Polizei- und Ordnungsbehörde, Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, erhoben werden. Nach Ablauf der Frist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen während des Laufs der Frist bei der genannten Behörde, Zimmer 305, III. Stock, zur Einsicht, während der Dienststunden (montags, mittwochs und freitags von 8—12 Uhr, aus.

Der Erörterungstermin wird auf den 17. 10. 1974, 10.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, II. Stock, Zimmer 212, festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, daß die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Die Zustellung der Entscheidung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

6000 Frankfurt a. M., 19. 6. 1974

Der Magistrat
Polizei- und Ordnungsbehörde
32.52.10.04

2490

Vorhaben der Firma „Vita“ Lebensversicherungs-AG in Zürich

Die Firma „Vita“ Lebensversicherungs-AG in Zürich, Direktion für Deutschland, Frankfurt am Main, Zürichhaus am Opernplatz, hat Anträge auf Erteilung von Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb von Feuerungsanlagen über 800 000 kcal/h auf ihren Grundstücken in Frankfurt a. M., Ringelstraße 1—5, Flur 456, Flurstücke 63/24, 62/24, 61/24, und Roßdorfer Straße 18—22, Flure 454 und 456, Flurstücke 51/24, 32/23, 41/22, 34/23, 22/1, 22/2, Grundbuch Frankfurt a. M., Bezirk 28, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß der §§ 4 ff. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Etwaige Einwendungen können innerhalb von zwei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Polizei- und Ordnungsbehörde, Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, erhoben werden. Nach Ablauf der Frist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen während des Laufs der Frist bei der genannten Behörde, Zimmer 305, III. Stock, zur Einsicht während der Dienststunden (montags, mittwochs und freitags von 8—12 Uhr) aus.

Der Erörterungstermin wird auf den 25. 9. 1974, 10 Uhr, in Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, II. Stock, Zimmer 212, festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, daß die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Die Zustellung der Entscheidung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

6000 Frankfurt/Main, 19. 6. 1974

Der Magistrat
Polizei- und Ordnungsbehörde
32.52.10.04

**Wenn Brandverhütung —
dann nicht ohne****VORBEUGENDER
BRANDSCHUTZ**

das einzige umfassende Sammelwerk über Brandschutzvorschriften!

Als Loseblattsammlung gestaltet, zeigt das Werk stets den neuesten Stand von Vorschriften und Gesetzen aller Bundesländer auf allen für den Brandschutz in Frage kommenden Gebieten.

Mit der Herausgabe des VORBEUGENDEN BRANDSCHUTZ hat die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) unter Federführung eines besonders technisch versierten Fachmannes — Dipl.-Chem. Möbius, Wiesbaden — „Ein Fundament der Brandverhütung“ („Versicherungswirtschaft“) geschaffen. Es ist für alle Brandschutzfachleute schlechterdings unentbehrlich.

Das Grundwerk umfaßt z. Z. 11 Bände (Preis 440,— DM) und wird im Jahr etwa 2—3mal durch Ergänzungslieferungen auf dem neuesten Stand gehalten.

Herstellung und Vertrieb durch den

**BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG
KULTUR UND WISSEN GMBH & CO KG**

6200 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42, Tel.: 3 96 71, FS: 04 186 648

2491

Vorhaben der Firma Allibert GmbH, Frankfurt/Main

Die Firma Allibert GmbH, Frankfurt am Main, Adam-Opel-Straße 4, hat Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Feuerungsanlage über 800 000 kcal/h auf ihrem Grundstück in Frankfurt am Main, Adam-Opel-Straße 4, Flur Nr. 2, Flurstück 1/1, 1/2, Grundbuch Gemarkung Frankfurt am Main-Fechenheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß der §§ 4 ff. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Etwaige Einwendungen können innerhalb von zwei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Polizei- und Ordnungsbehörde, Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, erhoben werden. Nach Ablauf der Frist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen während des Laufs der Frist bei der genannten Behörde, Zimmer 305, III. Stock, zur Einsicht während der Dienststunden (montags, mittwochs und freitags von 8—12 Uhr) aus.

Der Erörterungstermin wird auf den 2. 10. 1974, 9 Uhr, in Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 82—84, II. Stock, Zimmer 212, festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, daß die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Die Zustellung der Entscheidung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

6000 Frankfurt/Main, 21. 6. 1974

Der Magistrat
Polizei- und Ordnungsbehörde
32.52.10.04

2492

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Ffm-Höchst

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 16. 5. 1974 (StAnz. S. 1077)

In Abs. 1 Satz 3 der o. a. Bekanntmachung muß es statt „15 000 jato“ richtig

150 000 jato Vinylacetat

heißen.

6000 Frankfurt/Main, 19. 6. 1974

Der Magistrat
Polizei- und Ordnungsbehörde
32.52.10.04

2493

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Hünfeld nach Rasdorf, Ortsteil Setzelbach

Dem Unternehmen

Ed. Schmitt u. Co., Inh. Mathilde Fuhl und Kinder, Hünfeld,

habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

von Hünfeld nach Rasdorf, Ortsteil Setzelbach, über Hünfeld, Stadtteil Kirchhasel und Neuwirtshaus — Nüsttal. Abzw. Ortsteil Haselstein — Rasdorf — Rasdorf, Ortsteil Grusselbach,

befristet bis zum 31. Mai 1982 unter folgenden Bedingungen und Auflagen erteilt:

Der Fahrplan, dem die Genehmigungsbehörde zugestimmt hat, ist einzuhalten.

3500 Kassel, 5. 6. 1974

Der Regierungspräsident
III/4b — 66 f 02—07 B

Öffentliche Ausschreibungen

2494

Frankfurt: Die Bauleistungen für Landschaftsbauarbeiten an der BAB A 10 von km 453,5 bis km 448,8 Ost- und Weststrecke, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

ca. 4 500 qm Rasensoden verlegen

ca. 150 lfd. m Hangsicherung

ca. 8 400 qm Einsaatarbeiten

Pflanzarbeiten:

44 570 Stück Jungpflanzen

122 Stück Heister/Hochstämme

9 550 Stück verpfl. Büsche

Pflegearbeiten:

ca. 31 500 qm Gehölzfläche

41 500 qm Grasfläche

Bauzeit: bis zum 30. Juli 1975**Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 9. September 1974**

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, spätestens 19. Juli 1974, schriftlich mit-

zuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen. Der Beleg über die Einzahlung von 20,— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6821, mit der Angabe:

Ausschreibungsunterlagen für: „Landschaftsbauarbeiten BAB A 10 von km 453,5 bis km 448,8 Ost- und Westseite, ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen ab 19. 7. 1974 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 226, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 20. August 1974, 10.00 Uhr, im Zimmer 421, des Autobahnamtes Frankfurt am Main, Münchener Straße 4—6.

Zuschlags- und Bindefrist: 18. September 1974.

Für die Auftragserteilung kommen nur Bieter in Frage, die nachweisbar und gewerbemäßig Landschaftsbauarbeiten ohne Subunternehmer mit erforderlichem Fachpersonal und entsprechender Leistungsfähigkeit durchführen können. Referenzen sind dem Angebot beizufügen.

6000 Frankfurt/M., 24. 6. 1974

Autobahnamt Frankfurt/M.**Einbanddecken zum Staatsanzeiger**

Bestellungen richten Sie bitte an

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH & CO KG
62 WIESBADEN · WILHELMSTRASSE 42 · TELEFON 3 96 71

2495

Fulda: Die Bauleistungen — Brücke über das Magdloser-Wasser im Zuge der Fahrbahnverbreiterung der K 88 in der Gemarkung Flieden-Döngesmühle, Baustat. 0+060,75 — sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 600 cbm Baugrubenaushub
- ca. 385 cbm Beton Bn 150 — Bn 250
- ca. 31 t Betonstahl III K
- ca. 550 qm Abdichtung der erdberührten Flächen
- ca. 150 qm Filterschicht aus Filterkörpersteinen

Bauzeit: 5 Monate

Die Bieter müssen den Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab 4. Juli 1974 beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Schillerstraße 8, abgeholt werden.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 35,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Im Stift 7, PSchKto. Nr. 6753 unter Angabe der Zweckbestimmung — Brücke über das Magdloser-Wasser im Zuge der Fahrbahnverbreiterung der K 88 in der Gemarkung Flieden-Döngesmühle.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 30. Juli 1974 — 10.00 Uhr.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** wird auf den 20. August 1974, 24.00 Uhr, festgelegt.

6400 Fulda, 28. 6. 1974

Hessisches Straßenbauamt

2496

Frankfurt: Vergabe von Rohrverlegungsarbeiten für Brunnen-sammelleitung im Raum Wächtersbach. Der Wasserverband Kinzig baut in Wächtersbach eine Brunnen-sammelleitung.

Die Brunnenleitung besteht aus GGG-Rohren, ND 16/25, NW 200 bis 700.

Zu diesen Arbeiten gehören die erforderlichen Schachtbauwerke in wasserdichtem Beton, die Dükerungen und die Durchpressungen.

Mit den Arbeiten soll im September 1974 begonnen werden.

Interessierte leistungsfähige Unternehmungen, die bei der vorgesehenen Ausschreibung im Wettbewerb teilzunehmen wünschen, werden um eine schriftliche Meldung bis 14. Juli 1974 bei der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 16 340, Gutleutstraße 40, Tiefbau-Abteilung, gebeten.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur erfahrene Fachfirmen aufgefordert werden die bei der Bewerbung den Nachweis zu erbringen haben, daß sie Bauvorhaben ähnlicher Art und in der Größenordnung bereits durchgeführt haben.

Der W-1-Schein ist unbedingt nachzuweisen und zwingend für die Beteiligung am Wettbewerb. Den Bewerbungsunterlagen sind daher Angabe und Referenzen beizufügen, wonach die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des bewerbenden Unternehmens beurteilt werden kann. Ein Anspruch auf Beteiligung am Wettbewerb besteht jedoch nicht.

Mit Rücksicht auf den Verfahrensablauf wird gebeten, von sonstigen Rückfragen abzusehen.

6000 Frankfurt/Main, 1. 7. 1974

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 16 340, Gutleutstraße 40

2497

Frankfurt/Main: Die Bauleistungen für Baumaßnahme 74-18; Erneuerung der Fahrbahndecke und Anbau von Zusatzstreifen zwischen km 176,250 und km 179,660 — Südseite — der BAB-Strecke A 15 Frankfurt/Main—Würzburg, im Bereich der Autobahnanschlüssen Frankfurt/Main-Süd und Offenbach/Main, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 50 600 qm Mutterbodenabtrag
- 40 000 qm alte Fahrbahndecke (12 cm bitum. und 20 cm Beton) aufbrechen und abfahren
- 14 000 cbm Bodenmassen abtragen und im Damm einbauen
- 17 000 cbm Schüttmaterial liefern und im Damm einbauen
- 24 400 cbm Frostschutzmaterial liefern und einbauen
- 4 200 lfd. m Entwässerungsleitungen einschl. Kontrollschächte herstellen
- 56 000 qm Zementverfestigung 15 cm dick herstellen
- 55 000 qm bitum. Oberbau (18 cm Asphalttragschicht, 3,5 cm Asphaltbinderschicht, 3,5 cm Gußasphalt- bzw. Asphaltbetondeckschicht)

Bauzeit: 200 Werkzeuge.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Ende September 1974.

Bewerber werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen spätestens zum 6. August 1974 beim Autobahnamt Frankfurt/Main, Münchener Straße 4—6, anzufordern.

Der Beleg über die Einzahlung von 40,— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für zwei Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt/Main, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6821-601 mit der Angabe:

„Ausschreibungsunterlagen für: 74-18; Deckenerneuerung und Zusatzstreifen km 176,250 bis 179,660 BAB A 15“ ist beizufügen.

Eröffnungstermin: Am 27. August 1974, 10.00 Uhr, im Zimmer Nr. 421 des Autobahnammtes Frankfurt/Main, Münchener Str. 4—6.

Zuschlags- und Bindefrist: 15. 10. 1974.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6000 Frankfurt/Main, 24. 6. 1974 Autobahnamt Frankfurt/Main

2498

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Fahrbahndeckenerneuerung auf der B 54 zw. Wiesbaden und Taunusstein—Bad Schwalbach von km 1,900 bis 4,100, von km 9,000 bis 9,500 und von km 14,760 bis 15,660 sowie auf der B 275 in der OD Taunusstein-Hahn von km 0,150 bis km 0,600 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 7 000 qm Asphaltbetondecke mit 100 kg/qm
- ca. 150 t Asphaltbetondecke 0/8 mm
- ca. 350 t Asphaltbetondecke 0/11 mm
- ca. 22 600 qm Mastimacbelag mit 45 kg/qm
- ca. 600 t Mastimac
- ca. 3 200 qm Prosablblag mit 27,5 kg/qm

Bauzeit: 50 Werkzeuge.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 19. 7. 1974 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbaumtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: „Fahrbahndeckenerneuerung auf der B 54 Wiesbaden—Taunusstein und B 275 OD Taunusstein—Bad Schwalbach.“

Selbstabhöler erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 1. 7. 1974 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Klopstockstr. 6.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 24. 7. 1974, 10.00 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 20 Werkzeuge. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 21. 6. 1974

Hessisches Straßenbauamt

2499

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Taunusstein-Wehen im Zuge der L 3470 von Str.-km 0,300 bis 0,850 (Platter Straße) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 3300 cbm Boden 2.23-2.27 lösen und laden (Auskoferung)
- ca. 1600 cbm Frostschutzmaterial einbauen
- ca. 3500 qm bit. Tragschicht 0/32 mm, 15 cm dick
- ca. 3500 qm Asphaltbinderschicht 0/16 mm, 8 cm dick
- ca. 3500 qm splittreiche Asphaltbetonschicht 0/11 mm, 4 cm dick
- ca. 300 t splittarmer Asphaltbeton 0/8 mm liefern und aufbringen
- ca. 1100 m Rundbordsteine R 2 15/25 liefern und versetzen
- ca. 2500 qm Betonverbundpflaster, 8 cm stark, liefern und verlegen

Bauzeit: 160 Werkzeuge

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. Juli 1974 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: L 3470 — Ausbau OD Taunusstein-Wehen von Str.-km 0,300 bis 0,850“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 8. Juli 1974 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 46.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 25. 7. 1974, 10.30 Uhr, Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 20. 6. 1974

Hessisches Straßenbauamt

2500

Bei der Stadt Karben (Wetteraukreis),
rund 17 500 Einwohner, ca. 18 km nördlich Frankfurts

ist zum nächstmöglichen Termin die Stelle des

stellvertr. Leiters der Kämmerei

zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 10 HBO bewertet.

Gesucht wird ein qualifizierter, einsatzfreudiger Mitarbeiter, der den interessanten, vielseitigen Aufgaben einer jungen aufstrebenden Stadt gerecht wird.

Bewerbungen richten Sie bitte an den

Magistrat der Stadt Karben
— Hauptamt —
6367 Karben 1, Postfach 8

2501

Bei der

Stadt Arolsen (Reg.-Bezirk Kassel)

ist die Stelle einer

Kindergartenleiterin

zu besetzen.

Geboten werden Vergütung nach den tariflichen Bestimmungen sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Der aufstrebende Luftkurort Arolsen (15 440 Ew.) liegt in reizvoller Umgebung des Waldecker Landes und bietet u. a. alle Schulsysteme allgemeinbildender Art, ein Krankenhaus mit überörtlicher Bedeutung, ein beheiztes Freibad, ein modernes Hallenbad, ein Bürgerhaus und ein neu errichtetes Kurmittelhaus.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften, Nachweise über bisherige Tätigkeiten) richten Sie bitte an den

Magistrat der Stadt
3548 Arolsen
Große Allee 26

2502

Bei der

Stadt Butzbach

ist zum nächstmöglichen Termin die Stelle eines

Bauingenieurs (grad.)

— Fachrichtung Tiefbau —

zu besetzen.

Das Arbeitsgebiet umfaßt alle in den Bereich des städtischen Tiefbaus anfallenden Arbeiten, insbesondere die Ausschreibung, Bauleitung und Abrechnung von Kanalisations- und Straßenbaumaßnahmen.

Die Vergütung richtet sich nach dem BAT, die Besoldung nach dem BBesG, sofern es sich bei dem Bewerber um einen Beamten handelt.

Geboten werden daneben die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Mithilfe bei der Beschaffung einer familiengerechten Wohnung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Nachweis der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften) richten Sie bitte an den

Magistrat der Stadt
6308 Butzbach
Marktplatz 1

2503

Die Stadt Neu-Isenburg

— 37 000 Einwohner, unmittelbar an der Südgrenze von Frankfurt a. M. —

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das Hochbauamt

einen techn. Amtmann (Ing. grad.)

oder **Bauingenieur (grad.)**

für die Bearbeitung, Planung und Koordinierung von Hochbaumaßnahmen.

Es stehen eine Reihe von interessanten Vorhaben an, die Kenntnisse, Engagement und viel Arbeitsfreude erfordern.

Wir bieten Ihnen eine Besoldung nach A 11 HBesG oder nach BAT und die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild bitten wir zu richten an den

Magistrat der Stadt Neu-Isenburg
6078 Neu-Isenburg, Postfach 61

ANZEIGEN-ANNAHMESCHLUSS

jeden Montag um 14 Uhr für die am darauffolgenden Montag erscheinende Ausgabe des Staatsanzeiger

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags, Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 20,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz, für den übrigen Teil Fr. Wilmes. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329, Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Presshaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Ver-

trieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04 186 648. Preise von Einzelstücken: bis 32 Selten Umfang DM 3,20, bis 40 Selten DM 4,20, bis 48 Selten DM 5,00, über 48 Selten DM 5,50. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto der Verlags, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 11 vom 1. 6. 1974. Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.